

80 JAHRE ANTIFA SCHISTISCHE AKTION

Am 10. Juli 1932 fand in der Berliner Philharmonie mit über 1500 Personen der Einheitskongress der Antifaschistischen Aktion statt. Von der KPD organisiert, sollte dies der große Auftakt für eine Initiative werden, mit der SPD und NSDAP gleichermaßen geschlagen werden sollten. Es ging gegen den Faschismus, worunter beide Parteien verstanden wurden, denn der Kapitalismus an sich sollte abgeschafft werden.

In späteren Jahren wurde in der KPD-Geschichtsschreibung lediglich der Kampf gegen die NSDAP betont. Doch das ist nur die halbe Wahrheit: Antifaschismus war immer auch eine grundsätzlich antikapitalistische Strategie.

Dies ist der Grund dafür, dass das Symbol der »Antifaschistischen Aktion« seine inspirierende Kraft nicht verloren hat und in den 1980er Jahren umgestaltet und uminterpretiert zum Zeichen einer neuen Bewegung werden konnte. Die beiden Fahnen im Kreis sind das am häufigsten genutzte Symbol in der undogmatischen Linken geworden und wohl jede/r kann sich unter »Antifa« etwas vorstellen. Schwarzer Block, Autonome = Antifa; so vermitteln es zumindest die Medien, wenn über Antifa-Aktivitäten berichtet wird.

Manche Stimmen behaupten, dass die heutige Antifa die Autonomen der 1980er Jahre abgelöst hätte. Zweifelos ist jene autonome Bewegung längst verschwunden und Antifaschismus in den 1990er Jahren ein beherrschendes Thema in der außerparlamentarischen Bewegung geworden. Mittlerweile stellen die Doppelfahnen eine radikale, antikapitalistische Symbolik dar, die auch von Gruppen und Initiativen genutzt wird, die mit Autonomen wenig zu tun haben. Es ist zu einem Emblem geworden, das szeneeübergreifend Verwendung findet, sich vom staatstragenden Antifaschismus abgrenzt und für eine militante Politik steht.



Es geht aber nicht nur um ein Symbol. Antifa beschreibt, zumindest in der Bundesrepublik, vor allem eine Haltung und existiert als radikale Bewegung von unten. All dies liegt in den speziellen historischen Gegebenheiten dieses Landes begründet.

Doch, wie passt das eigentlich zusammen? Vor 80 Jahren gab es weder Autonome noch eine Antifa im heutigen Verständnis. Die KPD kämpfte einen ganz anderen Kampf. Trotzdem gibt es ein ähnliches Emblem?

VOM KAMPFBEGRIFF ZUR IDEOLOGIE

Antifaschismus stellt eher eine Strategie als eine Ideologie dar. Ins Spiel gebracht wurde er in Deutschland in den 1920er Jahren von der KPD als antikapitalistischer Kampfbegriff. Es gehört zum grundlegenden Verständnis sich zu vergegenwärtigen, dass wir, aufgrund der historischen Erfahrungen, heute unter Antifaschismus etwas anderes verstehen, bzw. sich diverse Antifaschismus-Begriffe herausgebildet haben.

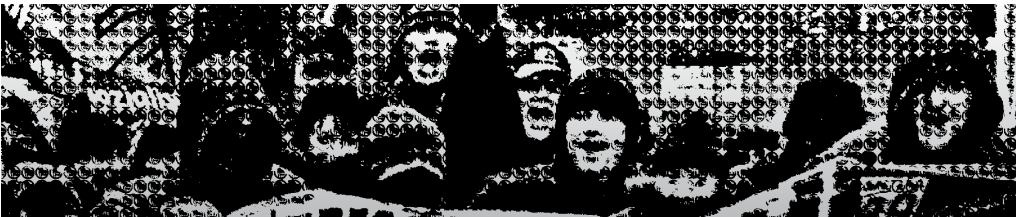
Doch die Konzentration auf Wesentliches bedingt, dass in diesem Papier einige wichtige historische Phasen weniger beschrieben sind als andere. Da wäre beispielsweise die Entstehung der Volksfront in Frankreich 1934 bis hin zum spanischen Bürgerkrieg 1936 – 1939, der große Verrat am Antifaschismus durch den Hitler-Stalin-Pakt oder der Kriegsantifaschismus ab 1941. Der Kriegsantifaschismus lieferte die Grundlage für den heutigen staatstragenden Antifaschismus.

Es geht in diesem Papier aber nicht um eine Auseinandersetzung mit solchen Antifaschismus-Definitionen, sondern vor allem um die linksradikale Interpretation dieses Begriffs. Und es geht um die Antifaschistische Aktion, d. h. um die Entwicklung des Antifaschismus in Deutschland.

DER LANGE SCHATTEN

In diesem Zusammenhang gilt es, sich von liebgewordenen Mythen der Vergangenheit zu verabschieden. So hatte die KPD-Politik wesentlichen Anteil an der Niederlage gegen den Nationalsozialismus. Nach wie vor ist diese Partei aber ein historischer Orientierungspunkt für die linke Bewegung in diesem Land. Das liegt vor allem daran, dass die Propaganda der KPD in der Geschichtsbetrachtung bis heute ihren langen Schatten wirft. Wir lesen Parolen wie „Einheitsfront“ und verstehen dies aus unserer heutigen Sicht. Hinzu kommen historische Interpretationen aus DDR-Zeiten, welche mit der Realität wenig übereinstimmen und im großen und ganzen Konstruktionen darstellen.

Eine Auseinandersetzung mit der KPD ist daher von grundlegender Bedeutung, insbesondere wenn es um die Antifaschistische Aktion geht. Es sei vorausgeschickt, dass man bei eingehender Betrachtung der KPD immer wieder Gruppen und einzelne Abweichler von der Parteilinie findet, die Meinungen kund taten, die der Parteilinie widersprachen. In der Regel waren dies dann aber ihre letzten Äußerungen als Parteigenossen. Die KPD war von vornherein Mitglied



der Komintern¹ und wandelte sich binnen weniger Jahre zu einer stalinistischen Partei, die ideologisch, logistisch und finanziell abhängig von der Moskauer Zentrale war. Der Parteiapparat war hierarchisch organisiert, funktionierte auf der Grundlage von Befehl und Gehorsam. Hierfür stehen Namen wie Ernst Thälmann, Wilhelm Pieck, Erich Mielke, Walter Ulbricht, Erich Honecker und ähnliche.

Neben den Kadern, die alle politischen Veränderungen überstanden, war die restliche Parteibasis ziemlich heterogen und meist nur kurze Zeit in der Organisation. Im Schnitt betrug die KPD-Mitgliedschaft zwei Jahre.

Die zwar interessante aber für dieses Papier viel zu weit führende Untersuchung der nationalrevolutionären Strömungen in der Weimarer Zeit bzw. in der NS-Bewegung und die Versuche der KPD, auf diese Einfluss zu nehmen, können hier nicht analysiert werden. Viel mehr als eine Benennung ist nicht möglich, aber wesentlich. Denn diese Versuche stellten ein Charakteristikum der damaligen antifaschistischen Politik dar.

Ähnlich verhält es sich mit den antinationalsozialistischen Gruppen, welche aus der bündischen Jugend hervorgingen und militante bis hin zu bewaffneten Aktionen gegen den NS-Staat durchführten. Dieser Widerstand fußte auf Gruppen wie »dj. 1. 11«, »Südlegion«, »Nerother Wandervogel«, »Die Eidgenossen« usw., welche von der Gestapo unter dem Sammelbegriff »Edelweiß-Piraten«² verfolgt wurden.

Genauso wenig kann auf die Organisationen eingegangen werden, die neben KPD und SPD bestanden und eine tatsächliche Einheitsfront gegen den Faschismus initiieren wollten: der ISK (Internationaler Sozialistischer Kampfbund) oder die SAPD (Sozialistische Arbeiterpartei Deutschland). Das Papier erzählt nicht die allgemeine Geschichte des Antifaschismus, sondern die der Antifaschistischen Aktion.

Ein Bruch erfolgte 1933 mit der großen Niederlage gegen die Nationalsozialisten und den daraus folgenden Zweiten Weltkrieg. Die Geschichte in Deutschland war daraufhin zersplittert. Da es in der DDR weder eine außerparlamentarische Bewegung noch eine Antifaschistische Aktion existierte, ist die staatstragende Funktion des Antifaschismus für dieses System hier nur skizziert. Ebenso wie die Politik der VVN in der BRD – und natürlich wirkten bei den verschiedenen antifaschistischen Aktivitäten in der BRD noch mehr Strömungen mit, als nur die spätere Antifa. All dies ist aber nicht Thema dieses Textes. Er konzentriert sich auf die Gruppen, welche das Emblem der Antifaschistischen Aktion wieder zu ihrem machten und in ihm einen historischen Anknüpfungspunkt sahen.

Zu den grundsätzlichen Unterschieden der zeitgenössischen Antifa zur Antifaschistischen Aktion zählt, dass es sich um eine Bewegung ohne Anbindung an eine Parteipolitik handelt. Das heißt zur Analyse stehen hier keine statistischen Erhebungen wie Wahlergebnisse, Mitgliederentwicklung u. ä. zur Verfügung. Es bleiben vor allem Demonstrationen, Anschläge und Kongresse, mit denen sich die Existenz und das Wirken der Antifa-Bewegung belegen lässt. Auch agiert die Antifa stets aus einer Minderheitenposition heraus. Demonstrationen mit mehr als 2000 Personen zählen bereits zu großen Erfolgen. Solche und höhere Teilnehmerzahlen lassen sich nur in Bündiskonstellationen erreichen.

¹ Die Kommunistische Internationale, kurz Komintern oder KI, stellte eine Art Welträtekonferenz zur Durchführung der Weltrevolution dar. Seine Zentrale war Moskau und blieb in den Händen der Bolschewiki.

² Etwa ab 1934 wurde der Begriff „Edelweiß-Piraten“ von Gestapo und HJ für diese Gruppen verwendet. „Edelweiß-Piraten“ war von der Wortbedeutung mit dem heute veralteten Begriff „Halbstarke“ zu vergleichen. Das Edelweiß ging auf das Freikorps Oberland zurück, welches sich viele Jugendliche ansteckten. Tatsächlich hatten viele dieser Gruppen ihre Wurzeln in Freikorps bzw. deren Jugendorganisationen. Daneben wurden auch „wilde Cliquen“ und kriminelle Banden absichtsvoll von den Nazis als „Edelweiß-Piraten“ bezeichnet. Nachdem in den 1980er Jahren erste Bücher über die „Edelweiß-Piraten“ erschienen, bezogen sich neu entstandene Antifa-Gruppen auf diese Tradition. Bis Anfang der 1990er Jahre bestanden Zusammenhänge, die auch das Emblem des „Edelweiß“ wieder popularisierten.

DIE WENIGEN

In den 1980er Jahren beschreibt dieser Text mit der Koordination ein recht überschaubares Bild der Antifa-Bewegung. Auch wenn das Spektrum der Gruppen und Engagierten insgesamt größer gewesen sein mag, bildete diese Antifa-Koordination die wesentliche Grundlage für die Entstehung der neuen Antifa. In den 1990er Jahren kommen wiederum neue Gruppen und Einflüsse hinzu, doch bleibt auch hier der Kern der Entwicklung überschaubar. Diejenigen, welche Antifa zu ihrer Sache gemacht haben, waren und sind immer wenige. Auch wenn heute viel geschwafelt wird und sich der staatstragende Antifaschismus der DDR mit dem der alten BRD zu einer neuen Staatsdoktrin verbunden hat, wird weiterhin versucht den systemkritischen, linksradikalen Antifaschismus auszugrenzen.

Seine Geschichte und Inhalte zu vermitteln, das müssen wir schon selber tun. Wobei wir beim Zweck dieses Textes wären. Er soll die Geschichte des Antifaschismus seit seiner Entstehung in den 1920er Jahren nachvollziehbar machen, indem er sie in groben Zügen nacherzählt, also Daten und Abläufe in eine chronologische Reihenfolge stellt und die wesentlichen Entwicklungen benennt.

Dabei richtet sich diese Flugschrift an alle Interessierten und bemüht sich um Allgemeinverständlichkeit. Aussagen sind möglichst mit Quellenangaben belegt. Das Papier soll als fundierte Diskussionsgrundlage dienen können.



HERAN AN DIE MASSEN

Historisch geht die Antifaschistische Aktion auf die »Einheitsfront-Strategie« der Kommunistischen Internationale (kurz Komintern) zurück, die bereits auf dem III. Weltkongress in Moskau im Juni/Juli 1921 umrissen wurde. Ein Hauptdiskussionspunkt bei dieser Zusammenkunft war die Niederlage der Kommunisten im Mitteldeutschen Aufstand 1921. Die Unruhen waren auf Betreiben der Bolschewiki angezettelt worden und hatten die KPD in eine schwere Krise geführt. Doch nicht diese Tatsache bewogen Lenin und Trotzki zu einer Änderung der Politik der Komintern, sondern die wirtschaftliche Notlage, in die Russland durch jahrelangen Bürgerkrieg und Krieg gegen Interventionsmächte geraten war. Stabilisierung und Verbesserung der allgemeinen Versorgungslage schien das Gebot der Stunde und die »Neue Ökonomische Politik« wurde propagiert. Deshalb stand jetzt ein – zumindest vorübergehendes – Nebeneinander der kapitalistischen Staaten und der Sowjetrepublik auf dem Plan.

Auf dem IV. Weltkongress der Komintern im November/Dezember 1922 in Moskau erfolgte dann unter der Parole „*Heran an die Massen*“ die offizielle Festlegung der neuen Einheitsfront-Strategie. Fortan sollten die kommunistischen Parteien mit der Basis anderer Arbeiterparteien das Bündnis suchen, ohne mit den Parteien selbst zu koalieren. Mit der »Einheitsfront« war also nicht eine gleichberechtigte Zusammenarbeit verschiedener Organisationen gemeint, sondern die Dominanz der Arbeiterbewegung durch die Kommunisten.

Gleichzeitig kam der Begriff »Antifaschismus« im Abwehrkampf gegen die Bewegung der Fasci Italiani di Combattimento (Italienische Kampfbünde) auf. Unter ihrem Anführer Benito Mussolini putschten sich die Faschisten im Oktober 1922 mit einem »Marsch auf Rom« an die Macht.



Im Unterschied dazu nannte sich in Deutschland keine rechte Organisation oder Partei faschistisch, dieser Begriff war den Italienern vorbehalten. Faschismus und Antifaschismus wurden von der KPD als undifferenzierte, polemische Kampfbegriffe ins politische Vokabular eingeführt. Die Kommunisten verstanden unter Antifaschismus Antikapitalismus. Demnach waren für die KPD alle anderen Parteien faschistisch, insbesondere die SPD.

DER DEUTSCHE OKTOBER

Allgemein herrschte bei der Komintern die Meinung vor, dass die Weltrevolution im Deutschen Reich ihren Fortgang nehmen würde. In Deutschland existierte die größte kommunistische Partei außerhalb der UdSSR und die Gesellschaft wurde von schweren politischen und sozialen Spannungen erschüttert.

Vor diesem Hintergrund gelangten der KPD einige Wahlerfolge. Bei den Landtagswahlen im September 1921 in Thüringen bekamen die Kommunisten sechs Sitze, neun gingen an die USPD³ und 13 an die SPD. Die linken Parteien verfügten damit über 28 Abgeordnete, gegenüber 26 der liberalen und rechten Parteien. Es kam zur Tolerierung einer SPD/USPD-Minderheitsregierung durch die KPD, die aufgrund ihrer »Einheitsfront-Strategie« keine Koalition einging.

Ähnlich verhielt es sich ein Jahr später im Freistaat Sachsen, der seit 1918 von einer sozialistischen Koalition regiert wurde. Bei den Wahlen im November 1922 errangen die Kommunisten 10 Sitze im Landtag. Aber auch in Sachsen beteiligte sich die KPD nicht an der Regierung, sondern ließ eine SPD/USPD-Koalition zu.

Wenige Monate später trieb die Krise in Deutschland ihrem Höhepunkt entgegen. Am 11. Januar 1923 marschierten französische und belgische Truppen im Ruhrgebiet ein. Die Besetzung brachte die Weimarer Republik an den Rand einer Katastrophe. Zu diesem Zeitpunkt bestritt das Ruhrgebiet 80% der deutschen Kohleförderung und gut die Hälfte der Eisen- und Stahlproduktion. Der Kurs der Reichsmark begann an den internationalen Devisenmärkten stark zu fallen, das Deutsche Reich schien kaum noch zahlungsfähig zu sein. In ihrer Verzweiflung rief die Reichsregierung zum passiven Widerstand im Ruhrgebiet auf, was aber nichts an der Situation zu verändern vermochte. Binnen weniger Monate kam es zu einer Hyperinflation, der deutsche Staat drohte zusammenzubrechen. Es entwickelte sich eine riesige Streikwelle, unter deren Druck die Regierung des parteilosen Reichskanzlers Cuno im August 1923 zurücktrat. Zusammen mit der desolaten Gesamtsituation, gezeichnet von Instabilität, sozialer Misere und Hungerkrawallen, ergab sich daraus ein Bild, das die Bolschewiki in Russland glauben ließ, die Zeit der Revolution in Deutschland sei gekommen. Am 23. August 1923 traf sich das Politbüro der Kommunistischen Partei Russlands zu einer geheimen Sitzung. Alle wichtigen Funktionäre sprachen sich für einen bewaffneten Aufstand in Deutschland aus. Lenin, der seit Mai 1922 mehrere Schlaganfälle erlitten hatte, spielte bei dieser Entscheidung keine Rolle mehr.

³ Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands, ging 1917 aus der Gruppe von SPD-Reichstagsabgeordneten hervor, die ab 1914 gegen die Unterstützung des I. Weltkriegs und die Burgfriedenspolitik durch die SPD opponierten. Im Dezember 1920 vereinigte sich der linke Flügel USPD (die Mehrheit) mit KPD. Der kleinere Teil fand 1922 seinen Weg zurück zur SPD. Die USPD existierte als unbedeutende Splitterpartei bis 1931 und löste sich dann in die SAP (Sozialistische Arbeiterpartei) auf.

Der Plan der Bolschewiki sah vor, dass die KPD in ihren Hochburgen Sachsen und Thüringen nun Regierungen mit der SPD bilden sollten, um Zugriff auf die Länderpolizeien zu bekommen und die militärische Organisation der KPD, die »Proletarischen Hundertschaften«, zu bewaffnen.⁴

Da sich die linken Ministerpräsidenten in Sachsen und Thüringen seit langem um eine Koalition mit den Kommunisten bemühten, konnten die Verhandlungen zügig abgeschlossen werden. Was im übrigen ein Beleg dafür ist, dass eine Zusammenarbeit zwischen SPD und KPD sehr wohl möglich gewesen wäre.

Am 12. Oktober 1923 übernahm die KPD das Finanz- und das Wirtschaftsministerium in Sachsen unter Ministerpräsident Erich Zeigner (SPD). Am 16. Oktober 1923 trat die KPD in die thüringische Landesregierung unter August Frölich (SPD) ein.

Doch gewarnt durch ihre Dienste und die Propaganda von Komintern und KPD, reagierte die Reichsregierung auf den drohenden kommunistischen Aufstand, indem sie die Reichsexekution⁵ gegen Sachsen und Thüringen verkündete. Die Länderregierungen wurden abgesetzt und am 21. Oktober 1923 marschierte die Reichswehr in Sachsen ein. Damit war der Aufstandsplan durchkreuzt, die Revolution wurde abgeblasen. Nur in Hamburg griffen KPD-Aktivist*innen, vermutlich aufgrund mangelhafter Kommunikation, am 23. Oktober 1923 zu den Waffen. Bereits nach 24 Stunden wurde diese isolierte Aktion von überlegenen Polizeikräften niedergeschlagen. Sie ging als »Hamburger Aufstand« in die Geschichte ein. Der Einmarsch der Reichswehr am 6. November 1923 in Thüringen vollendete die Reichsexekution.

DAS DEBAKEL VOR DER FELDHERNHALLE

Unmittelbar nach den Zwangsmaßnahmen gegen Sachsen und Thüringen wurde auch einer bedrohlichen Entwicklung, die sich in Bayern abzeichnete, der Garaus gemacht. Am 13. August 1923 hatte Gustav Stresemann (DVP) mit einer großen Koalition von SPD/Zentrum/DDP/DVP das Amt des Reichskanzlers übernommen. Stresemann verkündete am 26. September 1923 den Abbruch des gescheiterten Widerstandes an der Ruhr, der 137 Menschen das Leben gekostet hatte.

Aus Protest gegen den Abbruch des Ruhrkampfes ernannte die bayerische Staatsregierung am 26. September 1923 Gustav von Kahr zum Generalstaatskommissar mit diktatorischen Vollmachten. Kahr verhängte sogleich den Ausnahmezustand in Bayern, unterstellte die dort stationierten Reichswehreinheiten seinem Kommando und verbot eine sozialdemokratische Zeitung. Damit erkannte der Generalstaatskommissar die Befugnisse der Reichsregierung nicht mehr an, sondern verkündete die »Ordnungszelle Bayern«. Im zweitgrößten Land des Deutschen Reiches wurden rechte Wehrverbände versammelt und an der Grenze zum »roten Thüringen« stationiert. Kahr drohte mit einem »Marsch auf

⁴ Jede der Komintern angeschlossene Partei war verpflichtet, bewaffnete Kader aufzubauen, mit der sie im geeigneten Moment den Kampf um die Weltrevolution praktisch führen konnte. In Preußen waren die Proletarischen Hundertschaften deshalb bereits am 12. Mai 1923 verboten worden. In Sachsen und Thüringen blieben sie dagegen legal.

⁵ Die Reichsexekution war in der Weimarer Republik eine verfassungsrechtlich geregelte Maßnahme gegen einzelne Gliedstaaten zur Durchsetzung der staatlichen Einheit, analog zum heutigen Bundeszwang nach Art. 37 des Grundgesetzes.

Berlin«. Doch mit der Reichsexekution gegen Sachsen und Thüringen war der „Ordnungszelle“ der Wind aus den Segeln genommen worden, dennoch blieb die Situation kritisch. Reichspräsident Ebert übertrug deshalb am 8. November 1923 nach § 48⁶ der Weimarer Verfassung die „Exekutivgewalt zur Sicherung des Reiches gegen innere Unruhen“ auf den Chef der Heeresleitung, General von Seeckt.

Da sich die bayerische Polizei und Heereseinheiten dem Oberfehl von Seeckts unterstellten, waren Gustav von Kahr die Machtmittel genommen. Doch nun versuchte der bis dato kaum über Süddeutschland hinaus bekannte Adolf Hitler, in München die Macht an sich zu reißen. Am 9. November 1923 führte er einen dilettantischen Putschversuch mit knapp 1500 Bewaffneten⁷ an. In einem Feuergefecht mit der Polizei vor der Feldherrnhalle scheiterte das Unternehmen. 16 Putschisten und vier Polizisten zahlten das mit ihrem Leben. Hitler und andere führende Nazis wurden verhaftet.

General von Seeckt behielt zunächst die Exekutivgewalt und verhängte am 23. November 1923 ein Verbot gegen KPD, NSDAP und DVFP (Deutsch-Völkische Freiheitspartei).

DAS REICHSBANNER

Unter dem Eindruck des abgewürgten Revolutionsversuchs Ende Oktober und des gescheiterten Hitlerputsches am 9. November 1923 reifte in sozialdemokratischen Kreisen die Idee, eine eigene Kaderreserve für Reichswehr und Polizei aufzubauen. Unter Federführung der SPD wurde am 22. Februar 1924 in Magdeburg das »Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold – Bund deutscher Kriegsteilnehmer und Republikaner« gegründet. Die Mitglieder rekrutierten sich aus SPD, Zentrums- und Demokratischer Partei und den Gewerkschaften. »Extremisten« waren von der Mitgliedschaft ausgeschlossen. Vorsitzender der Bundes wurde Otto Hörsing, der als Oberpräsident der preußischen Provinz Sachsen⁸ die politische Verantwortung für die Niederschlagung des Mitteldeutschen Aufstandes im März 1921 getragen hatte.

Mit dem Reichsbanner zog die SPD-Führung einen weiteren Trennungsstrich zur KPD und versuchte die Öffnung zur politischen Mitte. Letzteres funktionierte nicht so wie gedacht, denn trotz aller Bemühungen kamen bis zu 90 % der Reichsbanner-Mitglieder aus der SPD.

Bereits ein Jahr nach seiner Gründung war die Vereinigung mit einer Million Mitglieder⁹ der größte Wehrverband der Weimarer Republik. Allerdings trat er stets defensiv und im Einvernehmen mit der Polizei in Erscheinung. In einigen Fällen fungierten Polizisten sogar als Ausbilder für ausgewählte Einheiten. Dabei ging es um taktische Schulung und Selbstverteidigung. Eine Ausbildung an der Waffe fand nicht statt. So blieb es im Großen und Ganzen bei propagandistischen Veranstaltungen, die mittels Uniformen und Fahnen ein militärisches Gepräge erhielten. Überlegungen, den republikanischen Wehrverband als Polizeireserve einzusetzen, wurden nicht umgesetzt.

⁶ Notverordnung der Weimarer Verfassung in der Ausnahmezustand, Reichsexekution, usw. geregelt waren.

⁷ Hitler stiftete am 9. November 1933, dem zehnten Jahrestag des gescheiterten Putsches, für die Teilnehmer den sogenannte „Blutorden“. Die erste Verleihungsrunde zählte knapp 1500 Medaillen-Träger. In den folgenden Jahren wurde der Orden auch für andere Aktivitäten verliehen, so das schließlich 6000 Parteiveteranen bestückt waren.

⁸ entspricht heute in etwa dem Land Sachsen-Anhalt mit dem nördlichen Thüringen.

⁹ Auf der ersten Gründungsfeier im Februar 1925 gab der Bundesvorsitzende Otto Hörsing eine Mitgliederzahl von 3 Millionen an. Gegenüber dieser Eigenangabe legen seriöse Berechnungen eine Zahl von einer Million Mitglieder nahe.

Bei der adligen Offizierskaste der Reichswehr traf das Reichsbanner auf klare Abneigung. In altem Ständekünkel wollte man unter sich bleiben und hatte politische Vorurteile. Im Gegensatz dazu standen bei der Polizei die Türen offen. Ende der 1920er Jahre behaupteten führende sozialdemokratische Politiker, dass in Preußen 65 % der Polizeibeamten Mitglied der SPD bzw. des Reichsbanners seien.

LEHREN DER DEUTSCHEN EREIGNISSE

Seit sich Lenin krankheitsbedingt im November 1922 endgültig aus der Politik zurückgezogen hatte, waren die Auseinandersetzungen um seine Nachfolge voll entbrannt. Auf der einen Seite stand Leo Trotzki, auf der anderen das sogenannte Triumvirat aus Stalin, Lew Kamenew und Grigori Sinowjew. Zunächst setzten sich die drei Männer an die Spitze des Zentralkomitees und verhinderten, dass Trotzki und seine Anhänger in einflussreiche Positionen kamen. Das wirkte sich unmittelbar auf die KPD aus.

Unter Beteiligung einer deutschen Delegation fand am 11. Januar 1924 in Moskau eine Konferenz des Präsidiums des EKKI¹⁰ statt, um die Niederlage im Oktober 1923 in Deutschland zu erörtern. In einer mehrtägigen Auseinandersetzung wurden die Gründe für das Scheitern allein bei der deutschen Parteiführung gesucht. In der Diskussion standen sich auch ein Thesenpapier von Trotzki und Radek und ein Entwurf von Sinowjew gegenüber. Während erstere weitere militante Aktionen mit Unterstützung der Proletarischen Hundertschaften in Deutschland propagierten, vertrat Sinowjew eine Politik, die zunächst einen engen Zusammenhang mit den Teilkämpfen des Proletariats herstellen wollte – was einer verstärkten Einheitsfront entsprach. Sinowjews Entwurf setzte sich durch. Am 21. Januar 1924 legte eine Kommission eine Resolution mit dem Titel „Lehren der deutschen Ereignisse“ vor, die, wenige Stunden vor Lenins Tod, einstimmig angenommen wurde.

Nachdem die KPD am 1. März 1924 wieder zugelassen worden war¹¹, änderte die Partei ihren Kurs entsprechend den Vorgaben aus Moskau. Anfang April 1924 wurde Ruth Fischer auf dem IX. Parteitag der KPD in Frankfurt/Main zur neuen Parteivorsitzenden gewählt und die »Einheitsfront von unten« zum neuen Programm. Der Beschluss des Parteitages in dieser Frage lautete: *„Ständige Aktivitäten in der Schaffung von Einheitsfrontorganen (Betriebsausschüssen, Hundertschaften, Kontrollausschüssen, Räten), auch wenn die Kommunisten zunächst in ihnen noch um die Führung ringen mussten. Dabei geschickte und schnelle Verdrängung etwaiger gegnerischer Funktionäre“*.¹² In diesem Zusammenhang erging auch die Weisung, in andere Organisationen einzudringen und sie im Sinne der KPD-Politik zu beeinflussen. Ferner sollten die Proletarischen Hundertschaften – trotz des weiterhin bestehenden Verbotes – aufrecht erhalten und die KPD organisatorisch gestrafft werden. Das hieß, dass von nun an alle Parteifunktionäre, die aus den Bezirksorganisationen heraus gewählt wur-

¹⁰ Exekutivkomitee der kommunistischen Internationale, höchstes Entscheidungsgremium der Weltorganisation.

¹¹ General von Seeckt trat am 28. Februar 1924 von seinen Machtbefugnissen zurück.

¹² Bericht über die Verhandlungen des IX. Parteitages der KPD (7. - 10. April 1924), Berlin (1924), S. 387.

den, vom nächsthöheren Gremium bestätigt werden mussten. Diese Praxis führte den Gedanken einer innerparteilichen Demokratie ad absurdum. Doch das war nur der Auftakt.

Gleich nach dem Tod Lenins zerfiel das Triumvirat. In den folgenden Machtkämpfen gewann Stalin mehr und mehr an Einfluss und in der KPD setzte eine von Moskau angeordnete, rigorose Reorganisation nach bolschewistischen Leitlinien ein.

DER BLUTSONNTAG

Offensichtlich gab es bei großen Teilen der Veteranen des I. Weltkrieges ein Bedürfnis nach militärähnlichen Kampfbünden. Der propagandistische Vorsprung, den die rechten Verbände durch Aufmärsche von »Stahlhelm«¹³, »Wehrwolf«¹⁴ und anderen Formationen gegenüber der KPD erreicht hatten, wurde indes immer größer. Insbesondere die SPD organisierte mit dem Reichsbanner genau das Potential, das die Kommunisten für sich gewinnen wollten.

Schon längst verlangten Stimmen der Parteibasis nach einem öffentlichen, militanten Auftreten, außerdem blieb der bewaffnete Aufstand zur Erringung der Macht das erklärte Ziel der KPD, doch: *„Der Beschluß des Parteitages von Frankfurt am Main im März 1924, weiterhin Proletarische Hundertschaften zu bilden, blieb auf dem Papier. Zahlreiche Mitglieder der Proletarischer Hundertschaften in verschiedenen Teile Deutschlands kamen zwar weiterhin zusammen, aber da sie keine konkreten Aufgaben hatten, wurde daraus eine Vereinsmeierei.“*¹⁵ Es lag also auf der Hand, dass die erste Einheitsfrontorganisation ein formal eigenständiger, kommunistischer Kampfbund werden musste.

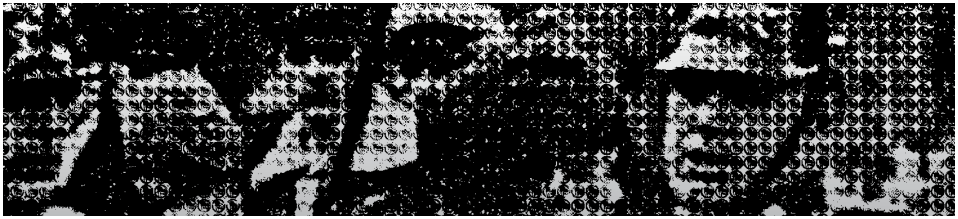
Letztlich fehlte nur noch ein entsprechender Anlass für die Gründung. Der fand sich mit dem 11. Mai 1924, für den der Stahlhelm einen „Deutschen Tag“ in Halle angekündigt hatte. Dieser Aufzug, der anlässlich der Wiederherstellung des durch einen Sprengstoffanschlag beschädigten Kaiser-Wilhelm-Denkmals¹⁶ geplant war, wurde von der gesamten Linken als Provokation aufgefasst. Denn seit Ende 1923 galt ein generelles Demonstrationsverbot im Deutschen Reich, das auch 1.-Mai-Umzüge der Gewerkschaften einschloss. Staatssekretär Dr. Meister hatte den Aufmarsch der Rechtsverbände in Halle im Alleingang gegen den preußischen Innenminister Carl Severin durchgesetzt.

Für den »Deutschen Tag« hatte sich politische Prominenz der Rechten angekündigt: der „Seeteufel“ und Kriegsheld Graf Luckner, der Weltkriegsgeneral Erich Ludendorff, Prinz Oskar von Preußen sowie die Führer vom Stahlhelm und Wehrwolf. Außerdem bekannten sich der Oberbürgermeister und Stadtratsmitglieder zum Festakt. Die nationale Presse in Halle jubelte.

Gegen die rechte Feierlichkeit rief die KPD seit dem 1. Mai 1924 zu einem – natürlich verbotenen – »Arbeitertag« am 11. Mai in Halle auf und mobilisierte dazu ihre militanten Kader von weit außerhalb. Bereits am 10.

¹³ Stahlhelm – Bund der Frontsoldaten, am 13. November 1918 von monarchistischen Offizieren gegründet. Anfang der 1920er Jahre einer der bedeutendsten militaristischen Verbände mit Beziehungen zur Reichswehr. Bis 1933 zählte er mehr als 500.000 Mitglieder. 1934 in NSDFB „Stahlhelm“ (Nationalsozialistischer deutscher Frontkämpferbund) umbenannt und großteils in die SA überführt, 1935 endgültige Auflösung in NS-Organisationen.

¹⁴ Wehrwolf – Bund deutscher Männer und Frontkrieger. 1923 als Reaktion auf den Einmarsch französischer Truppen ins Rheinland in Halle/Saale gegründet. Da zu diesem Zeitpunkt in den „Stahlhelm“ nur ehemalige Frontsoldaten eintreten konnten, war der Wehrwolf von vornherein auch für jünger Jahrgänge geschaffen. Der Name lehnt sich an eine bekannte Erzählung des Heidedichters Hermann Löns aus dem Jahre 1910 an. Am 25. August 1933 erfolgte die Überführung der 30.000 Mitglieder des Wehrwolf in die SA.



Mai 1924 zogen aus Berlin und anderen Städten angereiste Gruppen durch Halle. Da nicht alle Auswärtigen Quartiere in der Stadt fanden, mussten etliche Trupps in den umliegenden Orten unterkommen. Am nächsten Morgen fanden die kommunistischen Demonstranten die Zugänge der Stadt für sich verwehrt, während die Schupo¹⁷ die Mitglieder der völkischen Verbände passieren ließ. Als eine Gruppe von 500 Kommunisten am Böllberg, drei Kilometer vom Stadtzentrum entfernt, die Saale passieren wollte, kam es zum Handgemenge mit der Polizei. Schüsse fielen und Demonstranten rissen Polizisten Pistolen aus den Händen. Es entwickelte sich ein Feuergefecht, das acht Tote und 16 Schwerverletzten forderte. Hinzu kamen eine nicht bekannte Zahl von Leichtverletzten und hunderte Festnahmen. In Halle selbst wurden die Teilnehmer der kommunistischen Gegendemonstration von starken Polizeikräften im Volkspark festgehalten.

Noch am selben Tag tagte der Zentralausschuss der KPD und verkündete: *„Es gilt, den großen Erfolg des Arbeitertages in Halle propagandistisch auszunutzen.“*¹⁸ Unter der Parole: *„Arbeiter, schlagt die Faschisten wo ihr sie trefft!“* wurde zu einer offensiven Kampagne aufgerufen. Allerdings konnten Demonstrationen nur punktuelle Erfolge bringen, weshalb die Parteiführung eine Sitzung in Berlin einberief, um die Gründung eines kommunistischen Wehrverbandes zu beraten.

Der Ablauf dieser Versammlung zeigte einiges über den inneren Zustand der KPD. Anwesend waren der Leiter des M-Apparates¹⁹, Karl Gröhl (Kampfnahme: Karl Retzlaw), mit seinem Mitarbeiter Wolfgang von Wiskow, ferner Ernst Schneller und Ernst Thälmann in Begleitung von zwei sowjetischen Offizieren.

Gleich zu Beginn des Treffens verkündete Ernst Thälmann, dass seine beiden Begleiter erfahrene Militärs seien, die den Aufbau einer neuen Organisation unterstützten. Der Name sollte Roter Frontkämpferbund (RFB) sein, der von Resten der proletarischen Hundertschaften in Halle geprägt worden war. *„Um das Selbstbewußtsein der Mitglieder zu erhöhen, soll der Bund ... uniformiert auftreten; Windjacken, Sturmhelme und Koppel sollen getragen werden und Musikzüge sollen allen Aufmärschen voran marschieren. Thälmann betonte, dass die Gründung des Bundes eine vom Zentralkomitee beschlossene Sache sei und dass jetzt nur über technische Fragen und über die Besetzung der leitenden Funktionen gesprochen werden sollte.“*²⁰

Doch die Vertreter des M-Apparates hielten nichts von der Idee einer kommunistischen Kopie der rechten Kampfbünde. Sie argumentierten *„Revolutionäre dürfen sich nicht uniformieren, sie müssen alles vermeiden, was nach Nachahmung des Militarismus aussehen könnte. Jedes militärähnliche Brimborium mit Kriegervereinsgeschmack müsse vermieden werden“*²¹

Bei der Abstimmung votierten die beiden Vertreter des M-Apparates gegen die Gründung des RFB und wurden daraufhin umgehend aus der Parteiarbeit entlassen.

¹⁵ Karl Retzlaw, Spartakus – Aufstieg und Niedergang – Erinnerungen eines Parteiarbeiters, Verlag Neue Kritik, Frankfurt/Main, 1974, S. 299.

¹⁶ Das Kaiser-Wilhelm-Denkmal in Halle war 1901 in der Nähe des Justizgebäudes, am heutigen Hansering, aufgestellt worden. Es war eine große Denkmalanlage aus Steinaufbauten mit Bronzefiguren, eine stellte den General Moltke dar. Am Silvesterabend 1922 explodierte eine Ladung Dynamit am Denkmal und zerstörte den Sockel. Die Moltke-Statue stürzte kopfüber in ein vorgelagertes Wasserbassin. 1924 wieder hergestellt, wurde die Anlage 1947 vollständig abgetragen.

¹⁷ Schupo = Schutzpolizei

¹⁸ Rote Fahne Nr. 51, 14. Mai 1924.



DER ROTE FRONTKÄMPFERBUND

Den Kommunisten war klar, dass eine neuer, reichsweiter Kampfband unter ihrer Führung von den staatlichen Behörden als Neuauflage der Proletarischen Hundertschaften angesehen werden würde. Um einem Verbot des RFB aus dem Wege zu gehen, fand daher keine zentrale Gründungsveranstaltung statt. Vielmehr begann die KPD verstreut in der Provinz mit der Etablierung der Organisation. So entstand die erste Ortsgruppe des Roten Frontkämpferbundes im Zuge einer proletarischen Sonnenwendfeier des KPD-Unterbezirktes Hildburghausen vom 5. zum 6. Juli 1924 in Thüringen.²² In den kommenden Wochen setzte eine wahre Welle von Ortsgruppen-Gründungen ein.

Allerdings blieben die Vorgaben für den RFB sehr vage. Die Vorstellungen, was unter dieser Organisation zu verstehen sei, differierten von Gruppe zu Gruppe oder trafen sogar auf Abneigung. Teile der KPD-Basis hatten Einwände gegen eine in Uniformen und Reglement militärisch auftretende Organisation, da die Partei ja gerade aus der antimilitaristischen Bewegung gegen den I. Weltkrieg hervorgegangen war. Viele Parteimitglieder waren selbst Soldaten gewesen und hatten den »Kommiß« hassen gelernt. Im Gegensatz dazu existierte die Auffassung, dass in Deutschland in unmittelbarer Zukunft eine Revolution bevorstehe und der RFB die kommende Revolutionsarmee sein würde.

Die unterschiedlichen Meinungen, mangelnde organisatorische Vorbereitung und die Unfähigkeit örtlicher Führungsgremien bewirkten nach wenigen Monaten den Zerfall des Roten Frontkämpferbundes. Viele Ortsgruppen lösten sich auf und ein allgemeiner Mitgliederverlust setzte ein.

Deshalb wurde auf der ersten Reichskonferenz des RFB am 1. Februar 1925 in Berlin die bisherige Bundesleitung abgesetzt und Ernst Thälmann einstimmig zum neuen Vorsitzenden gewählt. Im September 1925 übernahm er auch den Vorsitz der KPD. Als Proletarier war er den Machthabern in Moskau genehm, außerdem führte er jeden ideologischen Schwenk der Bolschewiki kritiklos aus. Damit war die Transformation der KPD in eine stalinistische Partei eingeleitet.

Die neue Bundesleitung gab innerhalb kurzer Zeit verbindliche Richtlinien für den Roten Frontkämpferbund heraus, auf deren Grundlage der systematische Organisationsaufbau begann. Trotzdem blieb die Mitgliederentwicklung des RFB während der gesamten Zeit seines Bestehens von ständiger Fluktuation gekennzeichnet. Insgesamt waren in ihm zu keinem Zeitpunkt wohl mehr als 80.000 Personen²³ organisiert. Den ehemaligen Soldaten ging es um Praxis, also vor allem um eindrucksvolle Aufmärsche und handfeste, proletarische Auseinandersetzungen. Das dokumentierte sich auch in der Mitgliedschaft. Die Bundesführung legte auf der 5. Reichskonferenz einen Bericht vor, in dem sie stolz bilanzierte, dass 98% der Mitglieder „proletarischer Herkunft“ seien und nur 1% die Mittel- oder eine höhere Schule besucht hätten.

¹⁹ M(litärapparat) der KPD, der verdeckt operierte.

²⁰ Karl Retzlaw, Spartakus – Aufstieg und Niedergang – Erinnerungen eines Parteiarbeiters, Verlag Neue Kritik, Frankfurt/Main, 1974, S. 299 u. f.

²¹ ebenda, S. 300.

²² Nach Fritsch, W., Der Kampf des RFB ... in Thüringen, S. 61, – nach dem Bericht der Gauleitung bereits am 28. Juni 1924, S. 34.

²³ Eine wissenschaftliche, seriöse Untersuchung findet sich bei: Schuster, Kurt G.P. „Der Rote Frontkämpferbund 1924 – 1929“, Droste-Verlag Düsseldorf, 1975, Anhang, Mitgliederstärke und soziale Zusammensetzung des RFB, S. 239f.

Mittels Schlägereien erwarb sich der Rote Frontkämpferbund bald Respekt und einen legendären Ruf. Die Grußformel des RFB, „Rot Front“ und sein Abzeichen, die erhobene rechte Faust mit dem Ballen nach außen (Entwurf John Heartfield) wurden zur internationalen kommunistischen Symbolik. Eines seiner vorrangigen Ziele aber, Mitglieder aus dem Reichsbanner abzuwerben, blieb im Großen und Ganzen erfolglos.

DIE SOZIALFASCHISMUSTHESE

Die Frontstellung der Kommunisten gegenüber der Sozialdemokratie war keine spezifisch deutsche Angelegenheit. 1924 war von Grigori Sinowjew die These vom »Sozialfaschismus« kreiert worden, nach der die Sozialdemokratie lediglich eine Variante des Faschismus darstellte. Dieser Grundsatz wurde auf dem VI. Weltkongress 1928 von allen der Komintern angeschlossenen kommunistischen Parteien verbindlich beschlossen. Fortan war es ihnen verboten, Bündnisse mit sozialdemokratischen Parteien und Organisationen einzugehen. Dies galt ohne Abstriche bis 1934.

Dass die Sozialfaschismus-Politik zur weltweiten Richtschnur der Kommunisten wurde, hatte seine Gründe in der Sowjetunion. Dort hatte sich Josef Stalin 1927 endgültig als unumschränkter Alleinherrscher durchgesetzt. Hinsichtlich Deutschlands hatte der Diktator aufgrund eines geheimen Rüstungsabkommens ein besonderes Interesse. Die Reichswehr half, die Rote Armee aufzubauen. Im Gegenzug konnten sich deutsche Soldaten auf russischem Gebiet an Waffen ausbilden, die ihnen der Versailler Vertrag in Deutschland verbot. Dieses Geheimabkommen gefährdete die SPD, denn sie propagierte einen gegen die Sowjetunion gerichteten Kurs und strebte eine Annäherung mit Frankreich an.

Bei der Analyse der Faktoren, welche KPD und SPD zu erbitterten Gegnern machte, darf nicht übersehen werden, dass nicht nur vordergründig politische Gründe die beiden Parteien trennte. Dies zeigte sich bereits mit den Revolutionskämpfen zwischen 1918 – 1921 im Deutschen Reich, in denen die SPD zusammen mit Freikorps und Polizei gegen die Revolutionäre vorgegangen war. Viele Tote, Verwundete und Verhaftete gingen auf das Konto der SPD, deren Politiker auch in den folgenden Jahren maßgeblich an Repressionsmaßnahmen gegen die KPD beteiligt blieben. Der Hass vieler Kommunisten auf die Sozialdemokraten basierte also durchaus auf konkreten Erfahrungen.

Darüber hinaus waren KPD- und SPD-Mitglieder durch ihren sozialen Status getrennt. Während sich in der KPD mit ihrer aggressiven Propaganda vor allem Arbeitslose und Verarmte wiederfanden, war die SPD die Partei der besser situierten Industriearbeiterschaft. Diese soziale Spaltung führte zu einer grundlegend unterschiedlichen politischen Ausrichtung.

Deshalb stellten für die KPD-Basis vor allem der „Verrat“ der SPD an der Sache der Revolution und ihr „Bonzenrum“ die wesentlichen Trennungsstriche zur Sozialdemokratie dar. Die Sozialfaschismusthese hingegen blieb ein eher umstrittenes Konstrukt, was auch daran lag, dass Konfrontationen mit den Nazis zunahmen.



HITLER KEHRT ZURÜCK

Am 25. Februar 1925 wurde die NSDAP wieder zugelassen. Einen Tag später veröffentlichte Adolf Hitler im »Völkischen Beobachter« die neuen Richtlinien seiner Partei, was auch die Neubildung der SA einschloss. Die NSDAP wurde zur »Führerpartei« und damit vollständig auf die Person Hitlers ausgerichtet. Das schlug sich u.a. in der Gründung der SS als besondere Schutzgarde für den »Führer« im November 1925 nieder.

In diesem Jahr zählte die Nazi-Partei 25.000 Mitglieder und konnte diese Zahl bis 1927 auf 72.000 steigern. Trotzdem stellte sie damit lediglich eine unbedeutende Splitterpartei dar, allerdings mit einem sehr gut funktionierenden Parteiapparat, der im Kern aus altgedienten Soldaten bestand. Organisation und Disziplin wurden großgeschrieben.

Dabei hatten die Auftritte der Hitlerpartei für Außenstehende oft eine lächerliche Note. An der Spitze der NSDAP stand ein Staatenloser namens Adolf Hitler, der nicht einmal gewählt werden konnte, um den seine Anhänger aber einen umso peinlicher wirkenden Personenkult entwickelten. Es gab eine kleine »Parteiarmee« in den gleichsam auffälligen wie exotisch wirkenden sandbraunen Uniformen der ehemaligen Kolonialtruppen. Dieser Truppe hatte der Führer merkwürdige Standarten verliehen und 1926 parteiintern den Gruß »Heil Hitler« mit erhobener rechter Hand eingeführt. Den Gruß hatte Hitler von Benito Mussolini kopiert, der ihn wiederum auf den Saluto romano aus der Zeit des römischen Reiches zurückführte. Neben diesen Merkwürdigkeiten unterschieden sich die Nazis von anderen Rechtsradikalen durch ihr Kokettieren mit linken Symbolen und »sozialistischen« Inhalten, sowie ihr extremer Antisemitismus.

Eine politische Gefahr schien von diesen Leuten, deren »Führer« vor allem durch hemdsärmelige Reden in Wirtshäusern Anhänger um sich scharte, nicht auszugehen. Allerdings hatten die Nationalsozialisten mit ihrem gescheiterten Putschversuch am 9. November 1923 bewiesen, dass sie das Weimarer System zerstören wollten. Seither umgab die Nazis ein revolutionärer Nimbus, was sie durch ihr Auftreten noch zu unterstreichen suchten. Sie nannten sich Sozialisten und Hitler adaptierte ausdrücklich die rote Fahne der marxistischen Arbeiterbewegung, um damit zu provozieren.

Doch vor allem war das Hakenkreuz²⁴ als Nazi-Symbol einprägsam. Das uralte Runenzeichen verband politische Botschaft mit mystischer Heilsversprechung, es galt als völkisch/revolutionär. Hitler setzte es schwarz im weißen Kreis auf eine rote Fahne und blieb damit bei den alten Reichsfarben schwarz-weiß-rot. Somit wurde traditionelle mit revolutionärer Symbolik vermischt. Dies alles zeigte, dass die Nazis eine moderne Bewegung sein wollten.

Außerdem verstand es Hitler in der von ihm entworfenen nationalsozialistischen Weltanschauung ideologische Versatzstücke so zu vermengen, dass sie links stehende Nationalrevolutionäre genauso ansprachen wie Vertreter des Bürgertums. Das hatte er bereits 1920 mit dem 25-Punkte-Programm der NSDAP bewiesen. Seit seiner Haftzeit kursierte zusätzlich sein Buch »Mein Kampf«.

²⁴ Erstmals war das Hakenkreuz einer breiten Öffentlichkeit durch den »Kapp-Putsch« im März 1920 bekannt geworden. Die Soldaten der Marinebrigade Ehrhardt hatten es sich bei ihrem Einmarsch in Berlin auf ihre Stahlhelme gemalt. Der Putsch scheiterte an einem Generalstreik.

Dennoch hätte all dies zusammen bestenfalls dazu gereicht, als Kuriosität in die deutsche Parteiengeschichte einzugehen. Bei den Wahlen zum 4. Reichstag am 20. Mai 1928 erhielt die NSDAP ganze 2,6% der Stimmen. Um nicht völlig unterzugehen, erging an die Parteigliederungen die Weisung, die Propaganda gegen die Juden zurückzunehmen, da der extreme Antisemitismus vor allem auf bürgerliche Kreise abschreckend wirkte. Stattdessen setzte die NSDAP jetzt verstärkt auf außenpolitische Themen und den Kampf um die Straße.

DIE SOZIALDEMOKRATIE ALS HAUPTFEIND

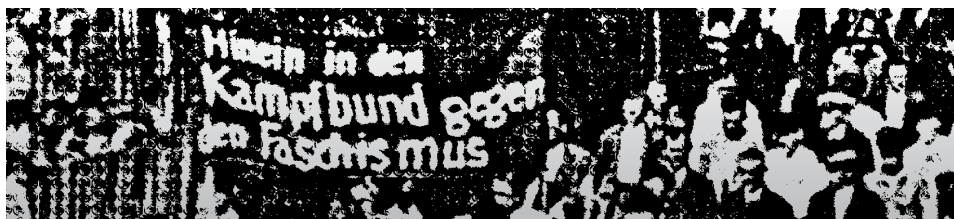
Nach ihrem VI. Weltkongress vom 17. Juli bis 1. September 1928, der gänzlich unter dem Einfluss Stalins stand, verschärfte die Komintern ihren Kurs gegen den Sozialfaschismus. Die Sozialdemokratie wurde zum Hauptfeind der kommunistischen Weltbewegung erklärt und eine aktive Politik zu deren Destabilisierung verkündet.

Gleich nach dem VI. Weltkongress begann eine systematische Fraktionsarbeit der KPD im Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund (ADGB). Am 14. März 1929 beschloss das ZK der KPD, die aus der Gewerkschaft ausgeschlossenen KPD-Mitglieder zu registrieren. Alle im ADGB verbliebenen Parteimitglieder gingen zur prinzipiellen Opposition über. Damit war die Keimzelle der Revolutionären-Gewerkschafts-Opposition (RGO) geschaffen.

Währenddessen kam es auf den Straßen in immer größerem Maße zu gewalttätigen Konfrontationen zwischen den Nazis und ihren Gegnern, in erster Linie Kommunisten. Ende 1928 eskalierte die Situation, als bei Zusammenstößen in Berlin vier Menschen starben. Daraufhin erließ der sozialdemokratische Polizeipräsident Zörgiebel ein allgemeines Demonstrationsverbot, das Anfang 1929 auf das gesamte Land Preußen ausgeweitet wurde. Speziell für den Roten Frontkämpferbund ergab sich daraus eine sehr ungünstige Situation, denn je länger das Verbot währte, umso mehr aktionistisch orientierte Mitglieder kehrten ihm den Rücken. Allein schon deshalb brannte der RFB darauf, wieder praktisch in Erscheinung zu treten.

Diese Stunde kam mit dem 1. Mai 1929 in Berlin. Trotz des allgemeinen Demonstrationsverbotes rief die KPD in der Reichshauptstadt zu Kundgebungen am Maifeiertag auf. In den kommunistischen Hochburgen Wedding und Neukölln kam es daraufhin zur Konfrontation mit der Staatsmacht. Die Polizei ging äußerst brutal gegen die Demonstrierenden vor, 33 Personen wurden getötet und viele verletzt. Es war die blutigste Maifeier in der deutschen Geschichte. Im Zuge der einsetzenden Repression wurde der RFB verboten.

Der „Blutmai“ lieferte eine wesentliche Argumentation für die Sozialfaschismusthese und die gesteigerten Aktivitäten der KPD gegen die SPD. Ab 1930 wurden die RGO als »Rote Klassengewerkschaft« propagiert und Übertrittskampagnen initiiert. Allerdings war der Erfolg nur gering: die drei großen roten Verbände organisierten in den Bereichen



Metall, Bergbau und Bau nie mehr als 1% der Beschäftigten. Mehr als die Hälfte der RGO-Mitglieder war zudem arbeitslos. Dazu verlor die KPD durch die Austritte ihrer Mitglieder ihren letzten Einfluss in den Gewerkschaften.

Analog gestaltete sich die Entwicklung im Arbeitersport. Traditionell existierte seit 1893 der Arbeiter-Turn- und Sportbund (ATSB). Von ihm spalteten sich 1930 die Kommunisten ab und bildeten die »Kampfgemeinschaft für Rote Sporteinheit« (kurz Rotsport).

Im Zusammenhang mit diesen verstärkten »Einheitsfrontaktivitäten« entstand am 28. September 1930 mit dem »Kampfbund gegen den Faschismus« (KgF) auch eine neue Kampforganisation. Der KgF konnte aber bei Weitem nicht an die Wirkung seines Vorläufers, des RFB, anknüpfen.

So gründete die KPD in allen Bereichen Einheitsfront-Organisationen unter ihrer Kontrolle, die im Wesentlichen aber nur aus ihren eigenen Mitgliedern bestanden. Zweifellos richtete sich die Einheitsfrontpolitik der KPD vor allem gegen die SPD und wirkte einer tatsächlichen Einheit entgegen.

Darüber hinaus mischte sich die Moskauer Zentrale immer wieder direkt ein, wenn sie eine Chance sah, die deutsche Sozialdemokratie zu schwächen. So zum Beispiel 1931 beim angestrebten Volksentscheid zur Auflösung des preußischen Landtages, der der sozialdemokratisch-bürgerlichen Koalitionsregierung von Otto Braun (SPD) unterstand. Ursprünglich ging die Initiative vom Stahlhelm aus und wurde zunächst von den Parteien der politischen Rechten und der NSDAP getragen. Auf Druck der Komintern und Stalins kündigte am 22. Juli, kurz vor Beginn des Volksentscheids, auch die KPD ihre Unterstützung an. Der Volksentscheid am 9. August 1931 scheiterte allerdings an zu geringer Teilnahme.

DER AUFSTIEG EINER PARTEI

Nachdem sich die allgemeine Lage in den Jahren 1924 – 1928 zu stabilisieren schien, brach 1929 mit Macht die Weltwirtschaftskrise über das Deutsche Reich herein. Während es 1927 etwa 1 Millionen Erwerbslose gab, kletterte ihre Zahl bis Februar 1930 auf 3,5 Millionen, Ende 1930 waren es 5 Millionen.

Die Regierung konnte diese Situation finanziell kaum bewältigen. Sie kürzte die öffentlichen Gehälter um 25%. Die Arbeitslosenunterstützung, die überhaupt erst im Oktober 1927 eingeführt worden war, wurde lediglich sechs Wochen bezahlt, danach gab es nur noch öffentliche Suppenküchen.

Im Februar 1932 erreichte die Krise mit 6.120.000 Arbeitslosen – das entsprach 16,3% der Bevölkerung – ihren Höhepunkt. Dazu kam noch die Masse der schlecht bezahlten Kurzarbeiter, sowie die knapp vor dem Ruin stehenden Selbständigen.

Vor dem Hintergrund dieser ökonomischen Krise vollzog sich in nur anderthalb Jahren zwischen Frühjahr 1929 und den Reichstagswahlen im September 1930 der Aufstieg der NSDAP zu einer Massenbewegung. Das Rückgrat



für diese erstaunliche Entwicklung bildete der äußerst effiziente Parteiapparat und die Mitglieder, die sich im Sinne der Partei hingebungsvoll einsetzten.

Die These, dass die NSDAP vor allem ein Instrument der Großindustrie und der „Hochfinanz“ gewesen sei, wie auf der weithin bekannten Fotomontage „Der Sinn des Hitlergrußes: Millionen stehen hinter mir“ von John Heartfield kolportiert, lässt sich bei näherer Betrachtung nicht halten. Großindustrielle förderten lieber die DVP oder die DNVP – die Nazis waren ihnen zu proletarisch und zu links, allein das „sozialistisch“ im Namen schreckte ab. Natürlich gab es einige Ausnahmen wie Emil Kirdorf oder Fritz Thyssen, doch im Wesentlichen finanzierte sich die NSDAP durch Zuwendungen der mittelständischen Industrie und durch ihre recht hohen Mitgliedsbeiträge.

Für den schnellen Aufstieg der Nazi-Partei spielte das Volksbegehren gegen den „Young-Plan“²⁵ im Sommer 1929 eine Große Rolle. Neben dem Stahlhelm, der DNVP und anderen war die NSDAP erstmals als gleichberechtigter Partner der relevanten Rechtsparteien an einer reichsweiten Kampagne beteiligte. Besonders die viel gelesenen Zeitungen des deutschnationalen Großverlegers Alfred Hugenberg machten Hitler in diesem Zusammenhang weithin bekannt. Das Scheitern des Volksbegehrens im Dezember 1929 war daher für die Nazis nicht von Bedeutung. Im Gegenteil, es erwies sich als Glücksfall für die NSDAP, dass genau in der Phase, in der sie in ihrer Propaganda die „ökonomische Versklavung des Vaterlandes durch das Ausland“ anprangerte, die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise auf das Land durchschlugen.

Gerade in großen Teilen der verunsicherten und radikalisierten Landbevölkerung verfiel sich die Agitation der NSDAP. In Schleswig-Holstein erprobten die Nazis eine Taktik, mit der sie bald das Deutsche Reich überrollen sollten: Sie konzentrierten alle ihre Kräfte auf eine Region, bis sie sich dort als dominierende Kraft durchgesetzt hatten.

Bei den Landtagswahlen im Oktober 1929 in Baden erreichte die NSDAP mit dieser Methode 7% der Stimmen, im Dezember des gleichen Jahres bei den Landtagswahlen in Thüringen 9,3% und im Juni 1930 in Sachsen 14,4%. Die Zahl der Ortsgruppen hatte sich zwischen Februar und August 1930 von 70 auf 200 erhöht, während der Mitgliederstand bis September auf 130.000 gestiegen war.

Der endgültige Durchbruch der Nazis erfolgte mit der Reichstagswahlen am 14. September 1931. Nach einem Wahlkampf der Nazis, der Maßstäbe setzte, erhielt die NSDAP 18,3% und war mit einem Schlag die zweitstärkste Partei im Parlament. Die Zahl der Mandate stieg von 12 auf 107. In ihrer Euphorie sprach die Nazi-Propaganda nicht mehr von der Partei, sondern nur noch von der Bewegung. Tatsächlich gelang es der NSDAP, sich das Image einer neuen, unverbrauchten Kraft zu geben.

Doch auch wenn die NSDAP ab September 1931 die zweitstärkste Partei im Deutschen Reich und die Nazi-Bewegung ein Massenphänomen geworden waren, brauchte es noch eines Fanals, mit dem sie ihren totalen Machtanspruch deutlich machen konnte. Eine Art Durchbruchsschlacht musste her, in der die Nazi-Gegner eindrucksvoll geschlagen wurden und Hitler als ‚Führer‘ den Sieg davon trug. Diese Machtprobe wurde in Braunschweig geliefert.

²⁵ dabei handelte es sich um den letzten Reparationsplan, der die Zahlungsverpflichtungen des Deutschen Reiches auf Grundlage des Versailler Vertrages regelte.

ENTSCHEIDUNG BRAUNSCHWEIG

Zur Zeit der Weimarer Republik war Braunschweig ein Freistaat, dessen Territorium sich wie ein großer Flickenteppich über den Harz von Blankenburg im heutigen Sachsen-Anhalt bis Holzminden im heutigen Niedersachsen ausdehnte. In Braunschweig konnte man auf eine revolutionäre Geschichte zurückblicken. Bereits am 8. November 1918, einen Tag bevor die Revolution Berlin erreichte, war der Herzog von Braunschweig zur Abdankung gezwungen und 1919 eine Räterepublik proklamiert worden. Ende der 1920er Jahre dokumentierte sich diese Geschichte in einer starken KPD, die vor allem in der Stadt Braunschweig existierte. Dem gegenüber stand ein rechtsgerichtetes Bürger- und Bauerntum, was zum frühen Aufstieg der NSDAP beitrug.

Bei den Braunschweiger Landtagswahlen im September 1930 erhielten die Nazis 22,2% der Stimmen. Es kam zu einer Koalitionsregierung von Bürgerlicher Einheitsliste (BEL) und NSDAP, letztere erhielt das Innenministerium. Damit war Braunschweig nach Thüringen das zweite Land mit einem Minister der nationalsozialistischen Partei. Dadurch konnten die Nazis auch weiterhin ungehindert in Braunschweig auftreten, da sich der Freistaat nicht dem Verbot des öffentlichen Tragens des „Braunhemdes“ angeschlossen hatte, das 1930 in Bayern und Preußen verhängt worden war.

Am 22. Februar 1931 riefen die Nazis zu einer Demonstration durch die Braunschweiger Arbeiterviertel auf. Die KPD setzte der Nazi-Provokation einen »Kampfaufmarsch« entgegen, mit dem der Fackelzug der SA gesprengt wurde. Als sich die braunen Trupps zurückzogen, setzten ihnen Antifaschisten mit einer Spontandemonstration von 1000 Leuten nach.

Dieser Erfolg wurde von der KPD gleich in einer politischen Initiative im Sinne der Einheitsfrontpolitik fortgeführt: Ernst Thälmann verkündete auf einer Großkundgebung am 27. Februar 1931 in Braunschweig, dass seine Partei ein Volksbegehren für einen Volksentscheid zur Auflösung des Landtages anstrebe. Damit wollte die KPD die Initiative übernehmen, die SPD-Führung bloßstellen und die sozialdemokratische Basis für sich gewinnen. Allerdings war abzusehen, dass die KPD allein einen Volksentscheid nicht zum Erfolg führen konnte.

SPD und Braunschweiger Landesregierung glaubten sogar, dass die KPD bereits mit ihrem Volksbegehren scheitern würde, doch die Kommunisten setzten es durch.

Währenddessen hatten die Nazis in Thüringen eine Schlappe erlitten, als am 1. April 1931 der thüringische NSDAP-Staatsminister Wilhelm Frick aus der dortigen Landesregierung ausgeschlossen wurde. Ab diesem Zeitpunkt waren die Nazis nur noch in Braunschweig an einer Regierung beteiligt. Nur hier blieb ihnen die Möglichkeit, ihre uniformierten Aufmärsche legal anzumelden und bei Bedarf von der Polizei durchsetzen zu lassen. Zwar trat der nationalsozialistische Minister Franzen, der seit längerem unter politischen Druck gestanden hatte und zudem der Begünstigung eines Parteigenossen überführt worden war, im Zuge des Volksbegehrens zurück. An seine Stelle trat jedoch am 15. September 1931 der skrupellose Nazi Dietrich Klagges.

Zunächst schien jedoch die KPD in Braunschweig die Initiative zu bestimmen. Der Volksentscheid wurde auf den 15. November 1931 terminiert. Diesen Erfolg im Rücken, konzentrierten die Kommunisten ihre Kräfte auf den Freistaat und glaubten, hier einen politischen Sieg über die Nazis und die Sozialdemokratie erringen zu können.

HARZ BURGER FRONT UND MARSCH DER 100.000

Während bei den Linken von einer Einheit keine Rede sein konnte, rief die »Nationale Opposition«, bestehend aus DNVP, Stahlhelm, Reichslandbund, Alld deutschem Verband und NSDAP am 11. Oktober 1931 zu einer Großveranstaltung in Bad Harzburg auf, das damals zum Freistaat Braunschweig gehörte. Es wurde die »Harzburger Front« ausgerufen, mit dem Ziel, durch eine gemeinsames Misstrauensvotum den Sturz von Reichskanzler Heinrich Brüning (Zentrum) zu erwirken und Neuwahlen zu erzwingen. Außerdem war es ein Versuch der nationalkonservativen Kräfte, die NSDAP in ein gemeinsames Bündnis zu integrieren. Daran hatte Hitler aber kein Interesse. Auffällig demonstrierte die Nazi-Führungsriege Distanz zur Veranstaltung in Bad Harzburg. So erschien Hitler erst sehr spät, hielt eine Rede, die er bereits schon einmal gehalten hatte und verließ nach dem Vorbeimarsch der SA die Tribüne – bevor der Stahlhelm vorübergezogen war.

Die Nazis mobilisierten bereits reichsweit für eine eigene Demonstration am 17. und 18. Oktober 1931 in Braunschweig, um die Harzburger Front zu überflügeln und ihren alleinigen Führungsanspruch zu manifestieren. Mit großem propagandistischen Aufwand kündigte Hitler den »Marsch der 100.000« an. Der Titel zielte auf das 100.000-Mann-Heer, das Deutschland nach dem Versailler Vertrag als Armee erlaubt war. Hitler wollte zeigen, dass die Nazi-Bewegung eine ebenso große Macht darstellte, was natürlich auch international Aufmerksamkeit erregte. Die gesamte SA und SS mit angegliederten Verbänden traten zum größten Aufmarsch paramilitärischer Verbände in der Geschichte der Weimarer Republik an. Zeitgenössische Quellen nennen 104.000 Teilnehmer. Wenn man bedenkt, dass Braunschweig zu dieser Zeit 150.000 Einwohner zählte, kann man sich die Dimensionen dieses Spektakels für die Stadt vorstellen.

Von vornherein war klar, dass es bei der Kundgebung auch darum gehen würde, den Kampf um die Straße in Braunschweig für sich zu entscheiden und die Niederlage vom Februar zu rächen. Während sich militante Aktivisten linker Gruppen auf Auseinandersetzungen einstellten, versuchte die KPD im Sinne ihrer Einheitsfrontstrategie politische Gegenmaßnahmen zu ergreifen. »In Verbindung damit wurde eine ideologische Initiative gegen die Nazipartei durchgeführt. Mit Flugblättern und durch gemalte Losungen wurden die Nazianhänger aufgerufen, den Kampf um die Freiheit des Volkes in den Reihen der KPD zu führen.«²⁶

Nach einem ersten großen Aufmarsch am 17. Oktober 1931 zogen SA-Kolonnen, die provokante Lieder sangen, gezielt in Arbeiterviertel, die als KPD-Hochburgen bekannt waren. Vorher hatte der Braunschweigische Innenminis-

26 Roter Vormarsch im Bezirk Niedersachsen, Bezirksparteitag/Dez. 1932, als Manuskript gedruckt, S. 13.

ter Klagges Zettel verteilen lassen, in denen die SPD- und KPD-Viertel aufgelistet waren, angeblich, um die SA vor diesen „gefährlichen“ Stadtteilen zu warnen.

In der Not standen KPD, SPD und Unorganisierte zusammen. Pflaster wurde aufgerissen und Straßen mit Barrikaden versperrt. Es kam zu bürgerkriegsähnlichen Zusammenstößen, in denen auch Schüsse fielen. Der parteilose Arbeiter Heinrich Fischer wurde von einem SA-Mann durch einen Stich ins Herz getötet. Der in KPD-Publikationen als „Genosse“ bezeichnete Arbeiter Engelke erlitt einen Bauchschuss, an dem er wenig später verstarb. Darüber hinaus gab es 61 Schwerverletzte. Die Polizei sah all dem tatenlos zu.

Am folgenden Sonntag, dem 18. Oktober 1931, traten die Nazi-Massen auf dem etwas außerhalb gelegenen Franz'schen Feld an. Mit großen Pathos »weilte« Hitler zum letzten mal vor der »Machtergreifung«, wie er verkündete, einige Fahnen und Standarten.

Abschließend fand vor dem Braunschweiger Schloss ein sechsstündiger Vorbeimarsch von SA- und SS-Verbänden statt. Am Abend hielt Hitler eine Rede, in der die Nationale Front von Bad Harzburg mit keinem Wort Erwähnung fand. Dem Misstrauensvotum der Harzburger Front gegen die Regierung am 16. November 1931 schlossen sich noch DVP und KPD an. Es wurde jedoch mit den Stimmen der SPD verhindert. Ebenso scheiterte der Volksentscheid der KPD gegen die Regierung in Braunschweig. Der »Marsch der 100.000« gehörte zu den entscheidenden Erfolgen der Nazis auf ihrem Weg zur Macht. Hitler spendierte allen Teilnehmer deshalb ein Abzeichen, das später als offizieller Orden galt.

DIE EISERNE FRONT

Als Reaktion auf die Harzburger Front und den »Marsch der 100.000« wurde von Reichsbanner, SPD, Allgemeinem Deutschen Gewerkschaftsbund (ADGB), Allgemeinem Angestelltenbund (Afa-Bund) und Arbeiter Turn- und Sportbund (ATSB) am 16. Dezember 1931 die »Eiserne Front« formiert. Ihr Symbol waren drei von rechts oben nach links unten weisende Pfeile, die jeweils eine Krone, ein Hakenkreuz und Hammer und Sichel zerschmettern. Die Eiserne Front verstand sich somit auch als antikommunistische Organisation.

Eine Mitgliedschaft im eigentlichen Sinne gab es nicht. Vielmehr stellte die Eiserne Front den Versuch dar, eine Bewegung von republiktreuen Kräften zu initiieren. Heute würde man sie wohl als konzertierte Aktion demokratischer Organisationen gegen den Extremismus bezeichnen.

Während der ersten Monate ihrer Existenz wurde die Eiserne Front mittels Großveranstaltungen populär gemacht. Es gab sogenannte »Rüstwochen«, in denen sich Aktivisten in »Eiserne Bücher« eintragen konnten. Gewerkschafter bildeten »Hammerschaften«, um im Ernstfall auch militant agieren zu können. In ihrer Propaganda erschien die Eiserne Front als entschiedene Kraft zum Schutze der Republik. Tatsächlich konzentrierten sich ihre Aktivitäten auf öffentlichkeitswirksame Selbstdarstellungen.





Unterdessen gewannen die Nazis immer mehr an Boden. Hitler wollte am 10. April 1932 bei der Wahl zum Reichspräsidenten gegen Paul von Hindenburg und Ernst Thälmann antreten, doch noch war er staatenlos. Die deutsche Staatsbürgerschaft beschaffte ihm die Braunschweiger Regierung, indem sie ihn am 25. Februar 1932 zum Regierungsrat in Berlin ernannte – ein Posten, den Hitler im Übrigen nie antrat. Die Wahl zum Reichspräsidenten entschied jedoch der von der SPD unterstützte, deutschnationale Paul von Hindenburg für sich.

DIE ANTIFASCHISTISCHE AKTION

Die KPD reagierte auf diese Entwicklungen mit dem Aufruf zur »Einheitsfront Aktion«, die kurz darauf in »Antifaschistische Aktion« umbenannt wurde. Den Grund lieferte eine Schlägerei zwischen Angehörigen der Nazi-Partei und kommunistischen Abgeordneten am 25. Mai 1932 im preußischen Landtag, die acht Schwerverletzte zur Folge hatte. Am nächsten Tag titelte die Rote Fahne: *„Feiger Überfall der Nazis im Landtag auf Kommunisten – Antifaschistische Aktion – Aufruf des Zentralkomitees der KPD an die deutsche Arbeiterklasse“*. In den nächsten Wochen fanden überall im Reich Bezirkskongresse der Antifaschistischen Aktion statt.

Dies traf sich mit Entwicklungen an der Basis. Es waren die Nazis welche KPD, SPD und andere Linke quasi in eine Front prügelten. Auf der Straße stand man oft ohne Acht auf die Parteizugehörigkeit zusammen, einfach aus der Situation heraus. KPD-Mitglieder, die zum großen Teil arbeitslos waren, organisierten mit Häuserschutzstaffeln²⁷ antifaschistische Selbsthilfe, an der sich natürlich alle Betroffenen beteiligten. Die Praxis war also oft etwas anderes als die Parteilinie.

Allerdings gehen die Annahmen, dass sich in der KPD der Druck der Basis durchgesetzt hätte – was dann mit zur Gründung der Antifaschistischen Aktion beigetragen haben soll – an der Realität vorbei. 1932 war die KPD eine durch und durch stalinistische Partei, eine Einflussnahme der Basis auf die Parteiführung war ausgeschlossen. Die Entstehung der Antifaschistischen Aktion vollzog sich vielmehr im bekannten inhaltlich/strategischen Konzept der „Einheitsfrontpolitik“ nach Vorgabe der Komintern und markierte keinen Bruch mit der antisozialdemokratischen Linie. Offensichtlich handelte es sich bei der Antifaschistischen Aktion um die kommunistische Gegengründung zur Eisernen Front.

Dies lässt sich unschwer mit den Proklamationen und Papieren der Antifaschistischen Aktion belegen. Erwähnenswert ist hier die Broschüre Ernst Thälmanns Antwort auf 21 Fragen von SPD-Arbeitern, die in einer Massenaufgabe von der KPD verbreitet wurde und so etwas wie ein Grundlagenpapier für die Antifaschistische Aktion darstellen sollte. Der Legende nach trafen sich am 8. Juli 1932 im Karl-Liebknecht-Haus in Berlin 20 Sozialdemokraten aus verschiedenen Bezirken mit Ernst Thälmann zum Gespräch. Wenig später erschien das Frage- und Antwortspiel in dem benannten Heft. Inhaltlich besteht die Veröffentlichung aus einer Aneinanderreihung von Phrasen, Man sucht vergeblich nach der

²⁷ Häuserschutzstaffeln waren ursprünglich zum Schutz der Mieter vor behördlichen Maßnahmen wie Zwangsräumungen gegründet worden. Durch die Brutalisierung der politischen Kämpfe wurden Häuserschutzstaffeln ab etwa 1930 wesentlich für den antifaschistischen Kampf.

konkreten Antwort auf nur eine einzige Frage. Als Beispiel sei hier Thälmanns Erwiderung darauf, ob die Antifaschistische Aktion etwa ein „kommunistischer Parteiladen“ sei, wiedergegeben:

„Sie ist ein überparteiliches Sammelbecken für alle zum rücksichtslosen Kampf gegen den Faschismus gewillten Arbeiter. Sie ist keine Organisation, sondern eine Massenbewegung. Sie ist der Strom, in den all die kämpferischen Kräfte einmünden, die wirklich den Kampf, den Massenangriff gegen die jetzige Regierung, welche die unmittelbare Aufrichtung der faschistischen Diktatur betreiben, durchführen wollen. Die Führung der besonderen Einheitsausschüsse, die in den Betrieben, in den Straßen an den Stempelstellen usw. gebildet werden, muß selbstverständlich in den Händen der kampfgewillten Arbeiter selbst liegen.“²⁸

Schließlich führt die Kampagne am 10. Juli 1932 zu einem »Reichseinheitskongress« in der Berliner Philharmonie. Nach KPD-Angaben waren 1550 Delegierten anwesend, davon 379 Kommunisten, 132 SPD-Mitglieder (darunter auch Angehörige des Reichsbanners) und 954 Parteilose. Wieweit diese Zahlen, insbesondere hinsichtlich der SPD-Mitglieder, der Realität entsprachen, lässt sich im Einzelnen schwer verifizieren. Wie überhaupt alles, was mit der Antifaschistischen Aktion zu tun hat, denn es gab keine Mitgliedsausweise. Die Antifaschistische Aktion entstand aus der praktischen Beteiligung. Der Kongress beschloss ein »Kampfgeplänze der Antifaschistischen Aktion« und ein Manifest. Dieses Manifest hat die gleiche Diktion wie die Thälmann-Broschüre. Zum Sinn der Antifaschistischen Aktion ist zu lesen:

„Die Antifaschistische Aktion will nicht dulden, daß über Deutschland die faschistische Diktatur errichtet wird, daß die Klassenorganisationen des Proletariats zertrümmert und verboten, daß alle Rechte der Arbeiterklasse mit Füßen getreten, daß die Sozialversicherungen und alle Errungenschaften der Arbeiterbewegung ausgerottet werden. Die Antifaschistische Aktion organisiert in breitester Einheitsfront den geschlossenen roten Massenselbstschutz der Arbeiter, Erwerbslosen und Werktätigen in ganz Deutschland. Die Antifaschistische Aktion will den Massenkampf aller klassenbewußten Arbeiter, aller antifaschistischen Freiheitskämpfer für die vernichtende Niederlage des Hitlerfaschismus, für die Zurückeroberung von Millionen von den Nationalsozialisten betrogenen Werktätigen.“²⁹

Der hier genannte »Rote Massenselbstschutz« war analog zu den Hammerschaften der Eisernen Front ausgerufen worden.

Die Kommunisten wollten mit der Antifaschistischen Aktion sowohl die Parteibasis der SPD als auch der NSDAP in ihre Politik gegen das System einbinden. In diesem Zusammenhang ist auch der gemeinsame BVG-Streik von RGO und NSBO (Nationalsozialistische Betriebszellenorganisation) im November 1932 zu sehen. Es kam denn auch zu demonstrativen Auftritten und Redebeiträgen von Mitgliedern der SPD und des Reichsbanners, ab und wann traten SA-Leute aufs Podium und erklärten die Zusammenarbeit.

Das Emblem mit den Doppelfahnen, die KPD und SPD (gemeint war natürlich immer nur die SPD-Basis, nicht die Partei als solche) in einem Rettungsring mit der Aufschrift „Antifaschistische Aktion“ symbolisierten, tauchte ab diesem Zeitpunkt quasi auf allen KPD-Publikationen und -Demonstrationen auf. Der Entwurf stammt von

²⁸ Ernst Thälmanns Antwort auf 21 Fragen von SPD-Arbeitern, Zit. in: Kampf dem Faschismus – Thälmann 1929-1933, Urania-Verlag Leipzig Jena Berlin, 1986, S. 263.

²⁹ Was will die Antifaschistische Aktion?, Broschüre 1932, Zit. in: Kampf dem Faschismus – Thälmann 1929-1933, Urania-Verlag Leipzig Jena Berlin, 1986, S. 263.

den Grafikern Max Keilson und Max Gebhart, die Mitglieder im Bund revolutionärer bildender Künstler Deutschlands (BRBKD)³⁰ waren.

Die Propaganda der KPD lief ab diesem Zeitpunkt auf Hochtouren. Mit Plakaten, Zeitungen und Sonderbeilagen versuchte die Partei eine erfolgreiche Initiative darzustellen. Tatsächlich gelang es, vor allem SPD-Mitglieder mit der Antifaschistischen Aktion anzusprechen. Insofern war die Politik der KPD erfolgreich, die sich in erster Linie weiterhin gegen die Sozialdemokratie richtete. Die SPD wiederum machte keinen Unterschied zwischen Nazis und Kommunisten, was bedeutete, dass sich jedes SPD-Mitglied, das sich an der Antifaschistischen Aktion beteiligen wollte, gegen seine eigene Partei stellen musste.

WAHL ERGEBNISSE

Mit der Antifaschistischen Aktion wollte die KPD nicht nur eine von ihr dominierte, parteiübergreifende Sammlungsbewegung schaffen, sondern sie zielte auch konkret auf die Reichstagswahl am 31. Juli 1932. Das Kampfge löbnis der Antifaschistischen Aktion vom 10. Juli wurde z. B. von vornherein als flammender Wahlauf ruf verfasst und als Plakat verbreitet.

Der Wahlkampf für die Juliwahl 1932 gilt als der gewalttätigste in der deutschen Geschichte. Insbesondere zwischen KPD- und NSDAP-Anhängern kam es zu massiven Auseinandersetzungen bis hin zu Schießereien. In der ersten Junihälfte 1932 starben dabei drei Menschen. Nach der Aufhebung des Uniformverbotes gegen die SA am 16. Juni starben weitere 17. Im Juli waren 86 Tote zu beklagen, 38 davon Anhänger der NSDAP, 30 gehörten der KPD an.

Die Wahlbeteiligung zum 6. Reichstag war mit 84,1% die höchste bei einer Wahl in der Weimarer Republik überhaupt. Am Ende wurde die NSDAP mit 37,3% (und einem Stimmenzuwachs von 19%!) die mit Abstand stärkste Partei im Reichstag, allerdings hatte sie nicht die Mehrheit. SPD (21,6%) und KPD (14,3%) blieben zusammen genommen relativ stabil.

Adolf Hitler war nach diesem Ergebnis nicht mehr bereit, eine Minderheitenregierung zu unterstützen – er wollte die Macht! Daher kam es bereits am 6. November 1932 zu Neuwahlen. Diese endeten jedoch mit Stimmenverlusten von 4,2% für die NSDAP, die somit nur noch auf 33,1 % kam. Die KPD dagegen gewann etliche Stimmen hinzu, vor allem aus den Reihen der SPD. Insgesamt blieb aber der Anteil von SPD und KPD zusammen mit 37% wiederum etwa konstant.

Es wäre vermessen, die Stimmenverluste der NSDAP auf eine erfolgreiche antifaschistischen Politik der KPD zurückzuführen. Vielmehr war die Wahlbeteiligung um mehr als 1,4 Millionen Stimmberechtigte gesunken. Ganz profan lag das an einsetzender Wahlmüdigkeit und traf vor allem die Nazis. Außerdem fielen viele Wähler von der NSDAP wieder

³⁰ Die Assoziation revolutionärer bildender Künstler Deutschlands, kurz Asso, abgekürzt ARBKD, war ein im März 1928 gegründeter Zusammenschluss kommunistischer Künstler. Auf ihrem Berliner Kongress im November 1931 wurde der Name in Bund revolutionärer bildender Künstler Deutschlands (BRBKD) geändert – 1933 erfolgte das Verbot.



ab, weil diese zwar mit bombastischen Sprüchen auftrat, erst mal aber kaum konkrete politische Veränderungen bewirkte. Mittelständische und bürgerliche Wähler zeigten sich durch den revolutionären Habitus der Nazis zudem verunsichert.

Demgegenüber profitierte die KPD vom Polarisierungsprozess zum Ende der Weimarer Republik und gewann für sich Wähler der SPD. In der Summe blieb der Stimmenanteil beider Arbeiter-Parteien (mit der USPD ursprünglich dreier Parteien) in der Zeit von den 1920er Jahren bis 1932 konstant zwischen 33 und 40 %.³¹

In diesen Ergebnissen offenbart sich eine große Schwäche der linken Arbeiterparteien: Beamte, Selbständige und andere, nicht zur Arbeiterklasse zählende Schichten, die den gesellschaftlichen Wandel aktiv unterstützen wollten, konnten bei ihnen keine politische Heimat finden. SPD und KPD blieben über all die Jahre bei ihrer, auf den Marxismus gestützten Ideologie, in deren Folge sie Klientelpolitik betrieben. Mehr noch, insbesondere die KPD stand dem »Kleinbürgertum« misstrauisch gegenüber und sah in ihm einen potentiellen Verräter an der Sache des Klassenkampfes.

ZEIT FENSTER VON DREI WOCHEN

Die Nazi-Partei schien ihren Zenit bereits überschritten zu haben, als sie über eine Koalition mit der DNVP, die durch den Nationalkonservativen Franz Papen eingefädelt wurde, doch noch an die Macht kam. Am 30. Januar 1933 wurde Adolf Hitler vom Reichspräsidenten Paul von Hindenburg als Reichskanzler vereidigt und mit der Bildung einer »Koalitionsregierung des Nationalen Zusammenschlusses« beauftragt.

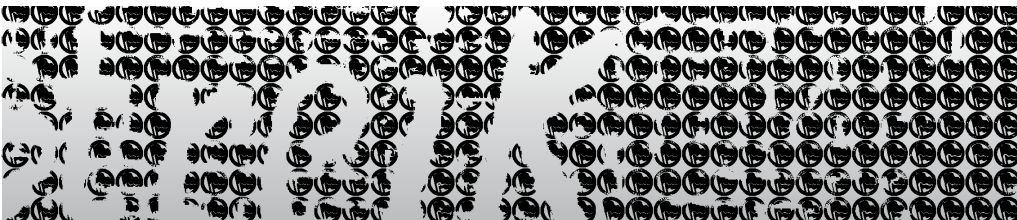
In den nächsten Tagen kam es bereits vielerorts zu Übergriffen auf politische Gegner durch die SA. Doch blieben dies willkürliche, unkoordinierte Aktionen. Der Staatsapparat war noch nicht im Griff der Nazis und alle Parteien und Organisationen blieben zunächst legal. Hitler hätte in einem Zeitfenster von drei Wochen durch entschlossenes Handeln abgesetzt werden können, doch außer ein paar großen Demonstrationen und den erfolglosen Bemühungen der KPD, einen Generalstreik zu organisieren, geschah nichts.

Ein Grund war sicherlich, dass man die Situation allgemein verkannte. Von den bürgerlichen Kreisen über die Sozialdemokraten bis hin zur KPD reichte die Meinung, dass die Nazis in der realen Politik schnell scheitern und sich damit von selbst erledigen würden. Die SPD-Politiker sahen deshalb nur geringerschätzig auf sie herab. Die bürgerlich/konservativen Parteien glaubten dagegen, mit der NSDAP wie mit einem Juniorpartner umgehen zu können. Dass die Nazis mit den Kommunisten aufräumen würden, wurde von Bürgerlichen bis Sozialdemokraten eher beifällig gesehen. In der KPD wiederum war man der Ansicht, dass die Nazis nach kurzer Zeit versagen würden, worauf dann der Entscheidungskampf mit der sozialfaschistischen SPD anstünde.

Das Erwachen kam erst mit der Nacht zum 28. Februar 1933, als der Reichstag brannte. Die Nazis nutzten dieses Ereignis sofort, um eine Notverordnung durchzusetzen. Nun ging alles sehr schnell: Verhaftungswellen setzten ein

31 *Stimmenanteil SPD/USPD/KPD bei den Reichstagswahlen 1920 – 1932*

6. Juni 1920, KPD 2,1 %, USPD 17,9 %, SPD 21,6 % – zusammen: 41,6 %
4. Mai 1924, KPD 12,6 %, USPD 0,8 %, SPD 20,5 % – zusammen: 33,9 %
7. Dezember 1924, KPD 9,0 %, USPD 0,3 %, SPD 26,0 % – zusammen: 35,3 %
20. Mai 1928 KPD 10,6 %, USPD 0,1 %, SPD 29,8 % – zusammen: 40,5 %
14. September 1930, KPD 13,1 %, USPD 0,03%, SPD 24,5 % – zusammen: 37,6 %
31. Juli 1932, KPD 14,6 %, SPD 21,6 % – zusammen: 36,2 %
6. November 1932, KPD 16,9 %, SPD 20,4 % – zusammen: 37,3 %



und am 24. März 1933 wurde das Ermächtigungsgesetz in Kraft gesetzt, mit dem sich Hitler zum Diktator aufschwang. Die linken Organisationen wurden zerschlagen und die bürgerlichen Freiheitsrechte außer Kraft gesetzt. Doch selbst in dieser Situation hörte der Kampf von KPD und SPD untereinander nicht auf. Für eingefleischte Sozialdemokraten blieben Kommunisten rot lackierte Nazis und die Komintern hielt unbeirrt an ihrer Sozialfaschismustheorie fest.

KURS WENDE VOLKSFRONT

Die Machtübernahme durch die Nationalsozialisten im Deutschen Reich verstärkte die faschistischen Tendenzen in ganz Europa und Antifaschismus wurde zu einem internationalen Massenphänomen. Entscheidend wirkten sich dabei die Vorgänge in Frankreich im Februar 1934 aus. Dort verhinderten Sozialisten und Kommunisten gemeinsam durch Demonstrationen und einen Generalstreik einen von französischen Faschisten analog zum Marsch auf Rom geplanten »Marsch auf Paris«. Anschließend kam es zu einem formellen Vertrag zwischen der kommunistischen und der sozialistischen Partei Frankreichs, denen sich auch eine radikale liberale Partei anschloss³². Eine ähnliche Entwicklung zeichnete sich in Spanien ab.

Ob es die Vorgänge in Frankreich und Spanien waren, die Stalin dazu brachten, die Politik der Komintern zu ändern, bleibt Spekulation. Denn eine ideologische Begründung für die Kursänderung gab es nicht. Da der Marxismus den Faschismus als Herrschaftsform nicht kannte, lieferte Georgi Dimitrow auf dem VII. Weltkongress der Komintern im Juli/August 1935, eine schwache, polemische Erklärung in der er Faschismus als „*die offene, terroristische Diktatur der reaktionärsten, chauvinistischsten, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals*“ bezeichnete. Ohne freilich einen Hinweis darauf zu geben, wann denn diese Stufe erreicht sei. Gemeint war, dass „bürgerliche Demokratie“ und Faschismus Herrschaftsformen des Kapitalismus seien. In dem Moment, wo der Kapitalismus bedroht sei – wie im Falle der Weltwirtschaftskrise in Deutschland – wandle er sich in eine faschistische Diktatur, deren besonderes Ziel die Zerschlagung der marxistischen Arbeiterbewegung sei. Damit wurde auf dieser letzten Versammlung der Komintern³³ die Sozialfaschismus-These endgültig verworfen und die Sektionen auf die Herstellung von »Volksfront-Bündnissen« orientiert.

Bei den Parlamentswahlen im April/Mai 1936 in Frankreich siegte die Volksfront. Léon Blum wurde zum ersten sozialistischen Ministerpräsidenten Frankreichs und das Vordringen des Faschismus konnte dort gestoppt werden.

Auch in Spanien entschied im Februar 1936 ein Volksfront-Bündnis die Wahl für sich. Doch im Juli 1936 versuchte General Franco sich an die Macht zu putschen. Es kam zum Bürgerkrieg. Franco wurde durch Nazi-Deutschland und das faschistische Italien massiv unterstützt, während von der Volksfrontregierung die »Internationalen Brigaden« angeboten wurden. Unter den Freiwilligen waren auch 5.000 Deutsche. Spanien wurde zum ersten internationalen Schlachtfeld zwischen Faschismus und Antifaschismus. Der Krieg endete im Februar 1939 mit dem Sieg Francos.

³² Auch das berühmte „Einheitsfrontlied“ (Und weil der Mensch ein Mensch ist) entstand erst im französischen Exil Ende 1934. Der Text stammte von Bertold Brecht, die Melodie von Hanns Eisler. Die Uraufführung fand bei der 1. internationalen Musikolympiade 1935 in Straßburg statt. Später wurde es in der Interpretation von Ernst Busch das bekannteste Lied der marxistischen Arbeiterbewegung.

³³ Am 15. Mai 1943 fasste das EKKI, auf Entscheidung Stalins, den Beschluss zur Auflösung der Komintern zum 10. Juni. Dieser Schritt gilt als ein Zugeständnis Stalins an die westlichen Alliierten, auf deren Unterstützung die Sowjetunion im Krieg gegen Hitler angewiesen war.

Mit dem größten Verrat an der Sache des Antifaschismus, dem Hitler-Stalin-Pakt, verschwand das Begriffspaar »Faschismus/Antifaschismus« plötzlich aus dem Wortschatz der Komintern. Erst der Überfall der Wehrmacht auf die Sowjetunion 1941 brachte es zurück. Die »Anti-Hitler-Koalition«, in der sich die Kriegsgegner Deutschlands zusammenschlossen, führte zu einem »Kriegsantifaschismus«. In den von Deutschland besetzten oder dominierten Ländern verschmolz die Sache der nationalen Befreiung mit der des Antifaschismus. Antifaschismus wurde in diesem Zusammenhang als patriotischer Kampf gegen die deutsche Besatzung begriffen. Für den Kriegsantifaschismus spielte der politische Kampf gegen den Kapitalismus bestenfalls noch eine Nebenrolle.



Antifaschistische
Kampfwoche



dictat:

ORGANISIEREN IN JEDEM BETRIEB
DIE EINHEITSAUSSCHÜSSE ZUM KAMPF GEGEN
LOHNRAUB UND STEUERDRUCK.

Heißt:

DIE STEMPSEL STELLEN MOBILISIEREN
GEGEN ABBAU DER UNTERSTÜTZUNGEN

Heizer:

DIE MIETER ZUSAMMEN SCHWEISSEN
GEGEN DIE DURCH PAPEN VERORDNETE ZAHLUNG
DER HAUSZINSSTEUER

Heißt:

MASSENSELSCHUTZ ALLER ARBEITER IN
ALLEN STRASSEN FORMIEREN GEGEN
DEN TERROR DER BRAUNEN MORDPEST

Schlagt den Faschismus
durch die kämpferische
Einheitsfront aller Werktätigen!

VERANTWOORDELIJCH H. P. ADRIJNS M. D. L.

ZWEI MAL ANTIFA SCHISMUS

30

Nach dem Zweiten Weltkrieg war Antifaschismus in Deutschland zunächst ein klassisches Thema der 1947 als Opferverband geschaffenen Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN). Da die VVN dem Machtanspruch der SED unter Ulbricht im Wege stand, wurde sie in der DDR 1953 aufgelöst. Offiziell erklärte die VVN ihre Aufgabe in der DDR als erfüllt. An ihre Stelle trat mit der letzten Sitzung des Zentralvorstandes am 21. Februar 1953 das »Komitee der antifaschistischen Widerstandskämpfer«. Dieses Gremium aus 32 bekannten Persönlichkeiten, die mehrheitlich der Funktionärsschicht der SED angehörten, war völlig von der SED abhängig und hatte die Funktion, den staatlich verordneten Antifaschismus zu repräsentierten. Erst 1974 durfte sich das Komitee wieder als Mitgliederverband organisieren. Es entstand eine politisch harmlose Vereinigung alter Frauen und Männer.

Ganz anders verlief die Entwicklung in den Westzonen bzw. in der BRD. Dort wurde die VVN von der KPD dominiert und galt als klassische, kommunistische Vorfeldorganisation. Deshalb erwirkte die SPD bereits 1948 einen Unvereinbarkeitsbeschluss gegen sie. In den folgenden Jahren galt es als offenes Geheimnis, dass die VVN finanziell und logistisch von der DDR aus geführt wurde. Als dann in den 1950er Jahren die Kommunistenverfolgungen in der Bundesrepublik einsetzten, die zum Verbot von FDJ und KPD führten, drohte auch ein Verfahren gegen die VVN. Dieses wurde jedoch 1963 ad acta gelegt.

Mit den 1960er Jahren begann sich, begleitet von starken politischen Spannungen, die gesellschaftliche Situation in der Bundesrepublik zu verändern. Der Mauerbau durch die DDR 1961 wie auch die Gründung der Nationaldemo-

kratischen Partei Deutschlands (NPD) 1964 und die Anfänge der Studentenbewegung prägten diese Zeit. Als Katalysator wirkte die große Koalition von SPD und CDU unter Kurt Georg Kiesinger (CDU), die 1966 die Regierungsgeschicke übernahm. In der Folge machte sich Unmut gegen die herrschende Politik in breiten Bevölkerungskreisen bemerkbar, von dem vor allem die NPD profitierte. Bei Landtagswahlen erlangten die Rechtsradikalen Stimmenanteile von bis zu 10% und vieles deutete darauf hin, dass ihnen 1969 der Einzug in den Bundestag gelingen würde.

Spontan entstand eine Gegenbewegung, die von Vertretern etablierter politischer Organisationen über die verfeimten Kommunisten bis hin zur gerade entstehenden Außerparlamentarischen Opposition (APO) reichte. Zum ersten Mal zeigte sich ein neuer, kämpferischer Antifaschismus in der Bundesrepublik.

Nachdem die NPD bei der Parlamentswahl 1969 knapp an der 5%-Hürde gescheitert war, ebte diese antifaschistische Welle allerdings schnell wieder ab. Doch ihr Geist hielt sich weiterhin in der APO, die ihre Kampagnen zwar nicht gegen faschistische, sondern vor allem gegen antidemokratische Missstände („Enteignet Springer“) sowie den Radikalenerlass oder die Notstandsgesetze durchführte.

Der Beginn der außerparlamentarisch-antifaschistischen Bewegung lässt sich also bereits in den 1960er Jahren nachweisen, und zwar deutlicher in ihrem undogmatischen Teil als in den hierarchisch organisierten kommunistischen Gruppen, die in den 1970er Jahren ebenfalls aus der APO entstanden. Denn welche Ziele auch vertreten wurden: den Kommunisten ging es in erster Linie darum, die Arbeiter in den Betrieben zu erreichen, um den Klassenkampf zu befördern. Antifaschismus blieb für sie lediglich ein Nebenschauplatz. Auch die bewaffneten Gruppen wie die »Bewegung 2. Juni«, die »Rote Armee Fraktion« (RAF) oder die »Revolutionären Zellen« (RZ) schieden als Ideengeber für die Antifa aus. Keine dieser Gruppen hat je eine Aktion explizit gegen Nazis durchgeführt.





WIE DIE ANTIFA ENTSTAND

Die Entstehung der heutigen Antifa-Bewegung hängt wesentlich mit dem Auftauchen der Neonazis in der Bundesrepublik in den 1970er Jahren zusammen. Neben Vereinigungen wie der NPD und der Deutschen Volksunion (DVU) trat eine neue Generation von Nazis in Erscheinung. Hierzu zählten u.a. die 1973 gegründete Wehrsportgruppe Hoffmann oder die 1977 entstandene Aktionsfront Nationaler Aktivisten (ANS) des Michael Kühnen. Bald kam es zu Terroranschlägen wie dem Bombenattentat auf das Oktoberfest in München am 26. September 1980 mit 13 Toten und 211 Verletzten.

Gegen die alten und neuen Nazis mobilisierte sich Widerstand, mit dem zunächst weder die regierenden Parteien und entsprechenden Organisationen noch die VVN etwas zu tun haben wollten; er wurde aus den Reihen der K-Gruppen im Zusammenwirken mit undogmatischen Linken organisiert. Zu den ersten Aktionen gehörten die Besetzung des Curio-Hauses in Hamburg (1977), mit der entschlossene Aktivisten eine DVU-Veranstaltung verhinderten, und die militante Aktion auf dem Göttinger Marktplatz (1978), mit der eine NPD-Wahlkampfkundgebung regelrecht „abgeräumt“ wurde. Insbesondere entwickelten sich aber ein antifaschistisches Bündnis (1978) bzw. das daraus entstandene »Rock gegen Rechts« in Frankfurt am Main (1979 und 1980) gegen das dort jährlich am 17. Juni³⁴ stattfindende NPD-Treffen zu einem politischen Erfolg mit bundesweiter Ausstrahlungskraft. Durch das Zusammenspiel von Festival, Demonstrationen und militanten Aktionen wurde die NPD schließlich gezwungen, ihre »Deutschlandtreffen« generell aufzugeben.

³⁴ Der 17. Juni war der Jahrestag des Volksaufstandes in der DDR von 1953. Seit 1954 war der 17. Juni als »Tag der deutschen Einheit« offizieller, arbeitsfreier Feiertag in der BRD. Nach der Wiedervereinigung wurde er 1990 durch den 3. Oktober ersetzt.

An vielen Orten bildeten sich in dieser Zeit ideologisch und organisatorisch nicht eingebundene »antifaschistische Arbeitskreise«. Allerdings gestaltete sich die Zusammenarbeit schwierig. Da gab es den Kommunistische Bund (KB), der eine bundesweite Initiative unter seiner Leitung anstrebte. Demgegenüber vertrat die VVN in Sachen Antifaschismus die Positionen der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) bzw. der SED, suchte den Schulterschluss mit Gewerkschaften und SPD, verteidigte den »antifaschistischen Geist« der »freiheitlich-demokratischen Grundordnung« und war strikt gegen Militanz. Daneben versuchte die Volksfront – die von der Kommunistischen Partei Deutschlands/Marxisten Leninisten (KPD/ML) 1979 gegründet worden war, dann aber vom Bund Westdeutscher Kommunisten (BWK) dominiert wurde – und die Sozialistische Arbeitergruppe (SAG), einen Einfluss auf die sich entwickelnden Antifa-Zusammenhänge zu nehmen. Bei den meist jungen Antifa-Aktivist/innen, die konkret etwas gegen die Neonazis unternehmen wollten, trafen diese internen Machtspiele auf Unverständnis.

Da keine tatsächliche, vertrauenswürdige Kooperation zwischen den Organisationen stattfand, begann der KB, eine Antifa-Kommission aufzubauen, um Personen und Zusammenhänge im neofaschistischen Lager auszuforschen und damit eine fundierte Öffentlichkeitsarbeit zu betreiben. Darüber hinaus ging der KB von einer »Faschisierung« des parlamentarischen Systems aus, worunter der allmähliche Abbau der demokratischen Rechte und eine Umwandlung in einen Polizei- und Überwachungsstaat verstanden wurde (eine Position, die später auch von den Autonomen vertreten wurde, welche ebenso die Praxis der Recherche übernahmen). Doch trotz aller Bemühungen ging der Einfluss des KB in den kommenden Jahren zurück und Autonome und undogmatische Linke wurden bestimmend.

IM WINDSCHATTEN

Die sich quasi im Windschatten der großen politischen Themen Ende der 1970er Jahre wie Anti-AKW, Hausbesetzungen, Anti-Kriegsbewegung und dem bewaffneten Kampf etablierende Antifa-Strömung wurde zunächst kaum wahrgenommen. Der Beginn der überregionalen Antifa-Organisation kann auf den 21. November 1981 datiert werden, als in Hannover ein Treffen von Norddeutschen und Frankfurter Antifa-Gruppen stattfand. Anwesende waren Hamburg, Frankfurt/Main, Hannover, Northeim, Göttingen, Bad Lauterberg, Emden, Oldenburg, sowie Vertreter von SAG und Volksfront. Politisch war alles vertreten was die linksradikale Szene zu bieten hatte – bis auf typische Autonome. Das Treffen wurde in unregelmäßigen Abständen alle paar Monate einberufen und stellte eine eigenständige Instanz dar. Gruppen aus Frankfurt nahmen nur anfangs teil. Die Volksfront verließ das Treffen, etwas später auch die SAG. Dafür stießen einige andere Gruppen aus dem norddeutschen Raum hinzu, weshalb sich die Koordination fortan Norddeutsches Antifa-Treffen nannte.

Die Zusammensetzung dieser ersten Vernetzung zeigt, dass es falsch ist, Antifa einfach unter dem Begriff »Autonome« einzuordnen, was letztlich mit den Ansichten vieler Antifa-Aktivist/innen korrespondierte, die sich



nicht unter dem Label Autonome subsumieren lassen wollten. Für die autonome Bewegung an sich spielte Antifaschismus jedenfalls bis 1983 keine Rolle. Anfangs befasste sich lediglich ein recht überschaubarer Kreis mit dem Thema. Wobei diejenigen, die sich als Autonome Antifaschisten bezeichneten, den Kampf gegen die Neonazis aus einem anti-imperialistischen Ansatz heraus führten. Antifa, Autonome und Autonome Antifaschisten stellten also zu Beginn der 1980er Jahre drei Kategorien dar. Heute sind diese nicht mehr existent, aber es bleibt festzuhalten, dass in der Antifa von vornherein zwei Hauptströmungen existierten: Anti-Nazi-Aktivist:innen und Anti-Imperialist:innen, die das System zerschlagen wollten.

Trotz vieler Unterschiede entstand mit dem »Norddeutschen« ein verbindlicher Zusammenhang, der in die sonstige Szene hineinwirkte. Diese Form der Organisation war keinesfalls »typisch« autonom.

Zum Emblem der Antifa wurde eine Neugestaltung des KPD-Symbols der Doppelflaggen im Kreis aus dem Jahr 1932. Bereits in den 70er Jahren hatten K-Gruppen das Symbol in seiner ursprünglichen Form verwandt. Nun wurden aus den beiden roten Fahnen eine rote und eine schwarze, letztere für die anarchistischen Tendenzen innerhalb der Bewegung. Die ideologische Begründung und künstlerische Umgestaltung lieferte Initiative Kunst und Kampf (KuK). Ab 1989 werden die Fahnen ausschließlich von links gegen rechts gewandt abgebildet, da die Antifa eine linke Bewegung ist, die gegen rechts vorgeht. Von vorn herein spielte es eine Rolle, dass man sich mit einem eigenen Symbol auch vom roten Dreieck der VVN absetzte.

Als sich die ersten Antifa-Strukturen konstituierten, traten zu Beginn des Jahres 1983 die Neonazis verstärkt in Erscheinung. In Frankfurt/Main schlossen sich am 15. Januar 1983 die wichtigsten Kader zur ANS/NA (Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Nationale Aktivist:innen) zusammen. Michael Kühnen war mit provokanter Berechnung sehr darum bemüht, eine Kopie der NSDAP zu schaffen, weshalb die ANS/NA in Parteiuniformen und mit entsprechenden Symbolen und Brimborium auftrat. Dieses und das klare Bekenntnis zum Nationalsozialismus stellten für die Medien Sensationsmeldungen dar. So hatte diese Truppe zwar nur einige hundert Mitglieder, dafür aber eine ungeheure öffentliche Aufmerksamkeit.

Am 21. Mai 1983 sollte in Bad Hersfeld ein SS-Veteranentreffen stattfinden, zu dem die ANS/NA parallel aufriefen. Die Neonazis suchten den Schulterschluss mit den »alten Kameraden« und wollten die »ANS-Kameradschaft 8, Bad Hersfeld« gründen. Diese Informationen trafen kurzfristig beim Norddeutschen ein. Da für eine größere Mobilisierung nicht mehr genug Zeit zur Verfügung stand, machten sich lediglich ca. 50 Antifaschist:innen aus Göttingen auf den Weg, hinzu kamen knapp 100 Autonome aus dem Rhein/Main-Gebiet. Man traf sich vor Ort bei der großen Demonstration des DGB mit mehr als 6000 Teilnehmern.

Am Rande der Veranstaltung kam es zum Aufeinandertreffen von Autonomen mit Neonazis und der Polizei. Der DGB forderte über Lautsprecher dazu auf, sich von den Militanten zu distanzieren und DGB-Ordner bildeten eine Menschenkette, damit die Autonomen nicht in ihre Demonstration flüchten konnten.



Es ereigneten sich drastische Szenen. Ein Neonazi erlitt einen doppelten Schädelbasisbruch, einem militanten Antifaschisten wurde von einem Zivilpolizisten die gezogene Pistole an den Kopf gesetzt. Dem Beamten wurde von hinten ein Helm über den Schädel gezogen, der Betroffene befreit. Insgesamt kam es zu sieben Festnahmen – ausschließlich Antifaschisten.

Aus diesen Erfahrungen zogen die Gruppen im Norddeutschen Konsequenzen. Gegen ein geplantes Stahlhelm³⁵-Treffen in Celle am 16./17. Juni 1983 wurde erstmals gemeinsam vorgegangen. Entsprechend erfolgreich verlief die Aktion. Am 16. Juni kamen vor dem Veranstaltungsort Wasserwerfer gegen die Antifas zum Einsatz und es gab mehrere Verletzte. Dennoch gelang es antifaschistischen Gruppen am folgenden Tag, das Lokal zu besetzen und der Stahlhelm war gezwungen, sein Treffen abzubereiten.

Dieser Erfolg gab dem Norddeutschen Rückenwind. Als nächstes sollte der geplante NPD-Bundesparteitag in Fallingb. am 1./2. Oktober 1983 gemeinsam verhindert werden.

AUSSER GEWÖHNLICH BRUTAL

Die Aktion Fallingb. wurde intensiv vorbereitet. Gruppen aus dem Norddeutschen klinkten sich in die örtlichen Vorbereitungstreffen ein und warben für eine Demonstration in der Stadt und die Blockade der Heidmarkhalle, in der die NPD tagen wollte. DGB und VVN riefen hingegen zu einer Kundgebung in der 30 km entfernten KZ-Gedenkstätte Bergen-Belsen auf. Dies war typisch für die Zeit: Während militante Antifaschist/innen direkte Verhinderung propagierten, distanzierten sich die reformistischen und staatstragenden Kräfte, indem sie zu Gegenaktionen aufriefen, die in deutlicher Entfernung zu den Veranstaltungen der Neonazis lagen.

Das von den Gruppen des Norddeutschen entworfene Konzept sah vor, ab 7.00 Uhr die Anfahrt der NPD-Delegierten soweit wie möglich zu verhindern und um 8.30 Uhr eine gemeinsame Demonstration zur Halle durchzuführen. Regional wurden Konvois aus Hamburg, Bremen, Göttingen und Nordrhein Westfalen zusammengestellt, die sich in Fallingb. treffen sollten.

Die Polizei hatte ebenfalls aufgerüstet. Das Gelände um den geplanten Veranstaltungsort wurde seit dem 25. September 1983 mit Stacheldraht abgesichert und rund um die Uhr bewacht. Dazu waren 1.000-Watt-Strahler und Videokameras installiert. 1200 Polizisten standen mit Wasserwerfern und Panzerspähwagen bereit. Aus der Luft wurden die anrückenden Antifaschist/innen von Hubschraubern aus beobachtet.

An einer Zufahrtsstraße versammelten sich die Hamburger und Bremer. Die Göttinger vereinten sich mit dem aus Konvoi aus NRW. Das alles geschah auf gut Glück, niemand hatte Funkgeräte dabei und Mobiltelefone gab es noch nicht.

³⁵ Unter dem Namen „Stahlhelm – Kampfbund für Europa“ war der Stahlhelm aus der Weimarer Zeit unter der Führung des ehemaligen Generalfeldmarschall Kesselring 1951 in der Bundesrepublik neu gegründet worden.

Die Aktivist/innen aus Hamburg und Bremen beschlossen, sich nicht durchsuchen zu lassen. Sie wollten durchbrechen, ohne zu ahnen, dass zu diesem Zeitpunkt der Göttinger/NRW-Konvoi von einem Motorradfahrer in ihre Richtung gelotst wurde. Gerade als die norddeutschen Militanten Helm an Helm auf der Straße gegen die Polizeiabspernung Anlauf nahmen, kamen die Autos aus Göttingen und NRW über eine Hügelkuppe und konnten die beeindruckende Szene nur aus Entfernung beobachten.

So gingen mehrere hundert Militante des Nordkonvois allein die Abspernungen vor der Halle an. Es war ein Frontalangriff, Steinhagel trieben die Polizisten in Deckung und mit Bolzenschneidern wurden die Stacheldrahtabspernungen durchschnitten. Es dauerte einige Momente, bis sich die Polizeikräfte gesammelt hatten, dann wurde die Attacke der Antifas mit Hilfe von Tränengas und SEK-Einheiten zurückgeschlagen. Erst in diesem Moment stießen die Aktivist/innen aus Gö/NRW hinzu. Die Polizei konnte zwar noch einmal abgewiesen werden, aber ein weiterer Versuch, zur Halle vorzudringen, war aussichtslos. Die Militanten wurden von der Polizei aus der Stadt gedrängt.

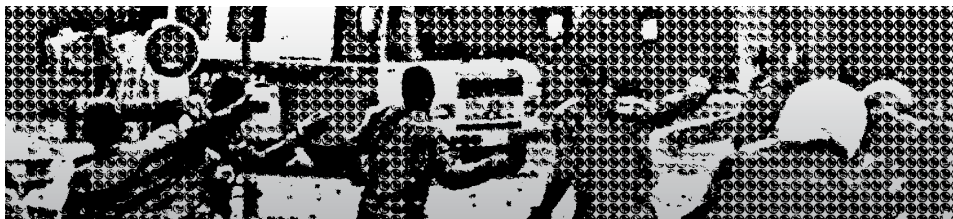
Die Zeitungen in Nord- und Westdeutschland titelten am nächsten Tag: „Außergewöhnlich brutal griffen die Autonomen an“ und zeigten Fotos von den Auseinandersetzungen. Insgesamt hatten die Antifa-Zusammenhänge 2.500 Aktivist/innen nach Fallingbostal mobilisiert. Von mehr als 50 Verletzten und 33 Festnahmen war zu lesen. Nach einem Militanten wurde im gesamten norddeutschen Raum und NRW mit Foto in allen Zeitungen gefahndet, schließlich sogar bundesweit mit der Fernsehsendung „Aktenzeichen XY ungelöst“.

Mit Fallingbostal wurde Autonomer Antifaschismus zum Thema. Parallel zum Norddeutschen bildete sich ein NRW-Treffen, beide standen in intensiver Verbindung.

In der Folge kam es auch zur finalen Auseinandersetzung mit dem KB. Besonders die Antifaschistische Aktion Hamburg, die eine führende Rolle im Norddeutschen spielte, wollte den Einfluss des KB ausschalten und eine von Autonomen dominierte Koordination erreichen. Den Vorwand lieferten Fotos von der Straßenschlacht in Fallingbostal, welche der KB in seiner Zeitung „Arbeiterkampf“ (AK) abdruckte. Da nach Militanten gefahndet wurde und nicht alle auf den Fotos vollständig unkenntlich gemacht worden waren, behaupteten die Hamburger, der KB würde sich quasi an der Fahndung beteiligen. Sie drangen in die Redaktionsräume des AK ein und nahmen wichtige Geräte und Unterlagen zur Produktion der Zeitung mit. Das Material sollte erst wieder zurückgegeben werden, wenn im AK eine Erklärung der Hamburger Autonomen Antifaschisten abgedruckt werden würde. Am Ende dieses Prozesses war der KB aus dem Norddeutschen verdrängt.

VIELE NAMEN

Während Antifaschismus 1983 bei den Autonomen in Nord- und Westdeutschland eine immer größere Bedeutung erlangte, hinkte der Süden dieser Entwicklung hinterher. Doch auch hier entwickelten sich Antifa-Gruppen



und -Aktionen. Viel Aufsehen erregte z.B. die Straßenschlacht mit der Polizei vor dem Hotel »Krone« in Nesselwangen in Bayern am 12. Mai 1985. Dort hatten sich 600 SS-Veteranen der »Leibstandarte Adolf Hitler« und »Hitlerjugend« versammelt. Vor dem Hotel ging die Polizei stundenlang mit Wasserwerfern gegen Demonstranten vor. 71 Antifaschist/innen wurden verhaftet, viele verletzt.

Dann kam der Abend des 28. September 1985. In Frankfurt/Main hatten autonome und andere Gruppen zu einer Demonstration gegen ein NPD-Treffen aufgerufen. Bei den folgenden Auseinandersetzungen wurde der 36-jährige Günter Sare von einem Wasserwerfer der Polizei überfahren und getötet. Noch am selben Abend kam es zu militanten Demonstrationen und Anschlägen, die sich in den folgenden Tagen bundesweit steigerten. Adressaten waren Banken, Kaufhäuser und Polizeistationen. In Frankfurt geriet die Polizei völlig in die Defensive, die Zeil, die Haupt-Konsummeile in der City, ging mehrmals komplett zu Bruch. Zwei Wochen hielt die autonome Szene das Land in Atem. Es waren die unruhigsten Wochen, welche die Bundesrepublik bislang erlebte. Alle waren von der Wucht der Ereignisse überrascht, am meisten der Staatsschutz und die Polizei.

Autonomer Antifaschismus war jetzt ‚das‘ Thema in den Medien, überall entstanden neue Verbindungen. Im Mai 1986 etablierte sich schließlich ein Süddeutsches Antifa-Treffen, das wie das Norddeutsche und das NRW-Treffen konzipiert war. Die drei Treffen standen im ständigen Austausch. Damit existierte eine bundesweite Koordination, welche die Nazistrukturen bis hin zur »Braunzone« der bürgerlichen Organisationen auskundschaftete und eine entsprechende Archivarbeit aufbaute. Ziel dieser Informationsbeschaffung war es, direkte Verhinderungsaktionen und Demonstrationen gegen die Rechtsentwicklung in der BRD zu organisieren. Dies führte auch zur Entwicklung einer klandestinen Organisation, die zum ersten Mal in der Geschichte dieses Landes Neonazis und andere Rechte mittels permanenten Anschlägen systematisch angriff. Eine Auswertung von Verfassungsschutzberichten ergibt im Zeitraum 1983 bis Sommer 1989 über 50 Anschläge, darunter viele Sprengstoff- und Brandanschläge. Hinzu kamen noch diverse Sachbeschädigungen und militante Aktionen jeder Art, deren Zahl in die hunderte ging. Dahinter steckten die Autonomen Antifaschisten.

EIN HARTER KERN

Die »Autonomen Antifaschisten«, stellten in vieler Hinsicht etwas eigenes dar. Sie vertraten eine avantgardistische Position und verfolgten einen eigenen Ideologieansatz, indem sie die Faschismusinterpretation der Komintern (Dimitroff-These) genauso kritisierten wie die der „Faschisierung“ des KB. Dem gegenüber vertraten die »Autonomen Antifaschisten« die Auffassung, dass das Wesen des Imperialismus immer faschistisch ist. Als Beleg galt beispielsweise, dass das gleiche System, welches in den westeuropäischen Staaten demokratische Herrschaftsformen mit persön-



lichen Freiheiten einräumt, in anderen Gegenden der Welt Folterregime installiert. Die Nazis wurden nur als extremste Ausprägung des herrschenden Systems bekämpft. Eigentlich galt der Kampf dem „faschistischen Imperialismus“. Daraus leitete sich die Parole: „Kampf dem Faschismus heißt Kampf dem imperialistischen System!“ ab.

Autonome Antifaschisten verstanden sich als Antiimperialisten, jedoch waren sie keine „Antimps“ in dem Sinne. Diesen Begriff verwandten die Anhänger der RAF für sich, die der „Strategie“ des bewaffneten Kampfes nahe standen.

Deshalb grenzten sich Autonome vom Begriff Antiimperialismus ab. Autonome vertraten keine Konzepte. Es gab zwar eine Flut von Papieren zu Demonstrationen, Kongressen oder in der Szene geführten Diskussionen, aber nicht eines, das eine langfristig angelegte Politik beschreibt. Autonome lebten und agierten im hier und jetzt.

Alein daraus ergab sich die besondere Stellung der Autonomen Antifaschisten bzw. der Antifa-Koordination.

ABSOLUT LINKSRADIKAL

Ab 1982 entstanden einige programmatische Papiere, welche in radikalster Rhetorik die These vom „faschistischen Imperialismus“ propagierten. Da heißt es *„Antifaschismus ist antagonistisch. Wer nichts ist als ein Antifaschist, ist kein Antifaschist, denn er hat nicht begriffen, dass nicht besondere Kapitalinteressen, nicht besondere Herrschaftsquellen, nicht besondere Massenbewegungen faschistisch sind; faschistisch ist das System.“*³⁶

Diese absolut linksradikale Einstellung geht von der Kontinuität des Systems aus. Nachzulesen in dem Papier „Antifaschismus ist undemokratisch oder staatstragend“ vom Juni 1986. „Für uns ist die „Befreiung vom Faschismus“ nicht als ein Mythos ... Die demokratischen Spielregeln dieses Staates sind psychologische Kriegsführung zur Entwaffnung des Widerstands! Für uns bedeutet die Entstehung und Entwicklung der BRD Kontinuität des Staatsfaschismus“.

Wen wundert daher, dass der Kreis der Autonomen Antifaschisten klein blieb. Ihre Papiere verfolgten auch keine politische Strategie in dem Sinne, sondern lieferten Begründungen für militante Aktionen. Im Unterschied zur RAF und zu anderen bewaffneten Gruppen sah man sich aber nicht im Krieg mit dem System, sondern entwickelte ein eigenes, recht erfolgreiches militantes Konzept. Dazu gehörte, dass keine Mordanschläge begangen wurden und Schusswaffen und militärischer Sprengstoff als Mittel ausschieden. Alles sollte so organisiert sein, dass es jede/r nachmachen konnte. Bei Anschlägen wurde nie zweimal der gleiche Namen verwendet, Kommandostrukturen variiert, die technische Ausführung differierte. Jeder Anschein, dass eine klandestine, militante antifaschistische Struktur existierte, sollte so lange wie möglich vermieden werden.

Um strategische Überlegungen hinsichtlich einer Entwicklung und Einbettung der eigenen politischen Vorstellungen in breitere Kreise der Bevölkerung ging es nicht. In ihrem konsequenten Avantgardismus versuchten die

³⁶ Wer nichts ist als ein Antifaschist, ist kein Antifaschist!, Papier aus dem Jahr 1983, Veröffentlicht in „Antifa-Texte 2“, November 1986, Auflage 1000 Exemplare, einzige authentische Broschüre der Autonomen Antifaschisten.

Autonomen Antifaschisten sogar, eine ideologisch vereinheitlichte, militante Kaderorganisation zu schaffen. Ein Vorhaben, das jedoch bereits 1984 scheiterte. Verbunden blieb man nur mit den militanten Anti-Nazi-Aktivist/innen, die zwar eine andere politische Richtung vertraten, aber auf die man in der Praxis zählen konnten. Diese Mischung ergab die Antifa.

DAS ENDE DER EIGENEN KRÄFTE

Das Konzept dieser Antifa-Organisation wies allerdings entscheidende Mängel auf. Man agierte halb im Untergrund, Broschüren und Flugblätter erschienen ohne oder mit falschen Impressen, nirgends traten das Norddeutsche, das NRW-Treffen oder das Süddeutsche als solche in Erscheinung. Demonstrationen dienten ausschließlich der Verhinderung von Nazi-Veranstaltungen. Der Mobilisierung folgten in der Regel nur einige hundert Menschen.

Gewöhnliche Organisationen oder Einzelpersonen konnten sich in diese Politik nicht einbringen, gefragt waren 150%-Aktivist/innen. Praktisch bildete die Antifa eine Kampfgemeinschaft, die sich durch die Konfrontation legitimierte. Eine Politik, die darüber hinausging, wurde nicht entwickelt. „Im Kampf gegen Faschismus auf die eigenen Kräfte vertrauen“, lautete eine Parole jener Tage. Mit den „eigenen Kräften“ war die autonome und antiimperialistische Bewegung gemeint, die auch der Hauptadressat für die Politik der Antifa-Zusammenhänge blieb.

Als die Bewegung 1985/86 auf ihrem Höhepunkt war, konnte man mit revolutionären Parolen und mutigen Anschlägen agieren und die Hoffnung hegen, dass immer mehr Menschen ihren Konsens mit dem kapitalistischen System aufkündigen würden. Aber dieser Zustand dauerte nicht lange an. Ende 1986 ebte die Welle deutlich ab, während die Antifa-Koordination unbeirrt weitermachte – bis in den Untergang.

Im Herbst 1987 wollte das Norddeutsche mit einer Kampagne unter dem Motto „Kampf der Wiking-Jugend“ gegen die damals bedeutendste neonazistische Jugendorganisation ein Zeichen setzen. Mit großem Aufwand wurde mit vielen, gut besuchten Veranstaltungen im ganzen Bundesgebiet und einer 80-seitigen Broschüre zum Thema gegen das alljährliche »Herbstlager« der Neonazis in Hetendorf bei Celle mobilisiert. Begleitend kam es zu einigen Anschlägen.

Einen Tag vor der Aktion gaben die Medien bekannt, dass die Wiking-Jugend ihre Veranstaltung abgesagt habe. Der antifaschistischen Mobilisierung war so der Schwung genommen. Am 3. Oktober 1987 fanden sich zur Demonstration zum Hauptquartier der Wiking-Jugend lediglich 400 Antifaschist/innen ein, fast ausschließlich Angehörige der autonomen Szene. Die Polizei kesselte die Demonstranten über sechs Stunden lang ein, eine deprimierende Niederlage.

Wenig später setzten interne Auseinandersetzungen um einen Vergewaltigungsvorwurf in NRW ein. Im Norddeutschen wurde eine Ehekrise führender Aktivist/innen zum politischen Konflikt aufgebaut, der alles blockierte und den Zusammenhang spaltete. An der Startbahn-West in Frankfurt/Main starben im November 1987 zwei Polizisten durch

Schüsse von Autonomen. Die folgende, massive Repressionswelle traf auch Aktivist/innen aus den Antifa-Zusammenhängen. Es kam zum schnellen Niedergang. Bereits 1988 war die Antifa-Koordination nicht mehr handlungsfähig. Entscheidende Aktivist/innen zogen sich zurück, der politische Ansatz hörte einfach auf zu existieren.

DIE BÜNDNISLÖSUNG

In Göttingen wurden derweil neue Wege gesucht. Hier setzte man auf ein »Antifaschistisches Bündnis«, in dem von Autonomen bis zu den Gewerkschaften verschiedene Gruppen und Parteien zusammenarbeiteten. Die erste große Bündnisdemonstration, die weithin für Aufsehen sorgte, fand am 7. Mai 1988 gegen ein Neonazizentrum in Mackenrode bei Göttingen statt. Doch bereits im September 1988 erklärte der DGB seinen Rückzug aus dem Antifaschistischen Bündnis, das sich wenig später auflöste. Der bislang nur schwelende Konflikt zwischen der Autonomen Antifa und dem Vertreter der neuen Politik eskalierte wenig später in einer offenen Auseinandersetzung. In der Zusammenarbeit mit dem DGB witterten die Autonomen Verrat, die Bündnisposition wurde ausgegrenzt.

Wie in der Szene üblich, wurde der Zwist sowohl in persönlichen Angriffen als auch mit bundesweit verbreiteten Texten ausgetragen. In diesem Zusammenhang entstanden die ersten Papiere aus der autonomen Antifa, die eine taktische, politische Konzeptionen begründen. Sie hießen »Das Wort zum Sonntag«³⁷, und »Von Strohfeuer und Strohfeuermythos«³⁸. Währenddessen existierte das Norddeutsche nur noch als Treffen zum Informationsaustausch.

Am 15. Juni 1989 kam es in Hamburg zu sechs Hausdurchsuchungen gegen Antifaschist/innen. Vier von ihnen wurden beschuldigt, eine terroristische Vereinigung gegründet zu haben, die *„im gesamten norddeutschen Raum seit 1983 Brandanschläge auf das Eigentum ihrer politischen Gegner und solcher Personen und Vereinigungen verübt hat, die als Repräsentanten des von ihr abgelehnten Staatswesens angesehen werden“*.³⁹

Die Ermittlungen nach § 129a liefen bereits seit Januar des Jahres. Das Norddeutsche, durch interne Konflikte blockiert, konnte diesem Staatsschutzangriff nicht geschlossen begegnen, es löste sich im zweiten Halbjahr 1989 endgültig auf.

Einige Aktivist/innen trafen sich allerdings weiterhin, um sich durch die Kampagne »Kunst als Widerstand« mit den kriminalisierten und inhaftierten Antifaschist/innen aus dem Norddeutschen solidarisch zu zeigen. Die gleichnamige Wanderausstellung zeigte – zum Teil verbotene – Plakate und propagierte die Ästhetik des Widerstandes. Von 1990 bis 1992 zog die Ausstellung durch 15 Städte, von denen die meisten zuvor an der Antifa-Organisation beteiligt gewesen waren. Das zeigte, dass sich manche Aktivist/innen aus den aufgelösten Strukturen in neuen Gruppen einbrachten.

Letztlich wurden alle Verfahren gegen Autonome Antifaschisten eingestellt, es gelang den Behörden nicht, die Struktur zu durchblicken. Es gab keinen Verrat, sie haben niemanden gekriegt.

³⁷ Bundesweit verbreiteter Text, veröffentlicht u. a. in der „radikal“ oder auch in „Göttinger Anschläge“, Nr. 5, Februar 1988, – beim Datum handelt es sich um einen Satzfehler, tatsächlich Februar 1989.

³⁸ Veröffentlicht u. a. in „Göttinger Anschläge“, Nr. 6, Februar 1989.

³⁹ Veröffentlicht u. a. in „Göttinger Anschläge“, Nr. 6, Februar 1989.

VER ÄNDERTES KOORDINATENSYSTEM

Mit dem Zusammenbruch des »realexistierenden Sozialismus« im Herbst 1989 veränderte sich das gesamte politische Koordinatensystem. Als sich die Staatsordnung in der DDR auflöste, kam es zu einem ungeahnten Aufschwung des Rechtsradikalismus in Deutschland, der begleitet war von gewalttätigen Übergriffen, die viele Tote und Verletzte forderten. Gleichzeitig entstand eine neue Hausbesetzerbewegung, die sofort in Konflikte mit den Neonazis geriet. Aus dieser Konfrontation entwickelten sich in der zerfallenden DDR sehr schnell Antifa-Gruppen, wie auch in der BRD neue entstanden.

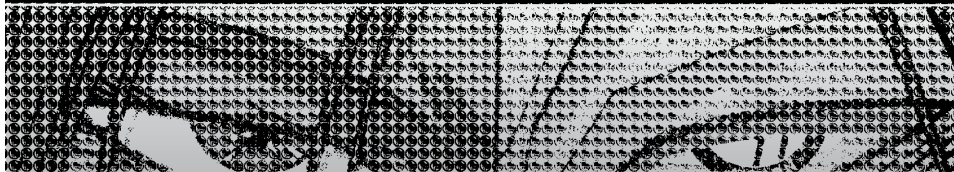
In dieser Zeit spielte Göttingen eine immer größere Rolle für die Antifa-Bewegung. Als Fanal wirkte der Tod der 24-jährigen Conny Wessmann, die am 17. November 1989 bei einer antifaschistischen Aktion von der Polizei vor ein Auto getrieben wurde. Sie starb an Ort und Stelle. Es kam zu bundesweiten Solidaritätsaktionen und einer entsprechenden Demonstration am 25. November 1989 mit geschätzten 18.000 Teilnehmer/innen. Es war die größte Demo autonomer Antifa-Gruppen, die bislang stattgefunden hat. Die Schaufensterscheiben an der Demonstrationsroute durch die Innenstadt wurden zertrümmert. Zum Abschluss kam es zur Straßenschlacht mit Polizeieinheiten vor dem Jugendzentrum Innenstadt, bei der die Polizei mit Molotowcocktails in die Flucht geschlagen wurde.

Im März 1990 rief ein Flugblatt zu einer Demonstration gegen die Einverleibung der DDR durch die BRD in Göttingen auf, das mit »Autonome Antifa (M)« unterzeichnet war. Die Gruppe hatte zuvor bereits als Zusammenhang ohne Namen gewirkt und war aus dem Konflikt mit der autonomen Szene über die Bündnispolitik hervorgegangen.

Die Autonome Antifa (M) – die Frage nach dem M im Namen blieb bewusst unbeantwortet – vertrat einen neuen Stil, ihre Plakate waren nach künstlerischer Überlegung der Initiative Kunst und Kampf (KuK) gestaltet, Flugblätter und Broschüren erschienen in einem professionellen Layout. Vor allem aber betrieb »die M« eine konzeptionelle Politik. Zu ihr gehörte die für Autonome völlig untypische systematische Pressearbeit und neue Vermittlungsformen wie Agit-Prop-Aktionen, außerdem Geschichts- und später sogar Jugendarbeit. Zum Markenzeichen der Autonomen Antifa (M) wurden aber die großen Bündnisdemonstrationen gegen faschistische Zentren, die von einem voll ausgerüsteten schwarzen Block angeführt wurden.

Das M-Konzept zielte bewusst über regionale Resonanz hinaus. Im August 1991 richtete die Gruppe ein Papier an die autonome Szene und propagierten eine antifaschistische Organisation. Das kam einem Tabubruch gleich: ausgerechnet die Autonomen, die in Abgrenzung zu den K-Gruppen entstanden waren, dazu aufzufordern, sich zu organisieren, galt als eine Unmöglichkeit! Entsprechend war das Echo. Es kam zu einer bundesweiten Organisationsdebatte, an deren Ende festgestellt werden musste, dass von der Bewegung aus den 1980er Jahre nicht mehr viel geblieben war. Die wenigen Gruppen und Einzelpersonen, die hier und da noch mitmischten, stellten sich eher gegen die Idee einer Organisation und lieferten böse Gegenpapiere.





Dass ein Bedürfnis nach Strukturierung aber generell vorhanden war, zeigte sich daran, dass es ähnliche Bemühungen auch von anderen Teilen der Szene gab. In Norddeutschland entstand z.B. das „Avanti-Projekt undogmatische Linke“, eine Organisation, die es bis heute gibt.

Auch die Initiative der Autonomen Antifa (M) fand durchaus Zuspruch, vor allem bei der neuen Generation der Politaktivist/innen. In ersten Treffen mit anderen Gruppen zeigte sich jedoch bald ein altes Problem: Es gab Zusammenhänge, die in erster Linie die Neonazis bekämpfen wollten, während der Vorschlag der M darauf zielte, eine antiimperialistische Organisation zu schaffen. Der Begriff „antiimperialistisch“ wurde wiederum von einigen Alt-Autonomem abgelehnt, genauso wie die Vorstellung von einer Organisationsstruktur. Demgegenüber kristallisierten sich bald einige Gruppen heraus, die den Schritt mitgehen wollten. Zur Jahreswende 1991/92 mobilisierte die Autonome Antifa (M) nach Göttingen. Die Silvesterdemo stand unter dem Motto „Gegen Faschismus und Polizeiterror – Zusammen gehört uns die Zukunft!“ Rund 800 Menschen aus dem gesamten Bundesgebiet marschierten als behelmter Schwarzer Block durch die Stadt. Die Silvesterdemo war ein entschiedenes Signal für die Organisation, die von 11 Gruppen unter dem Namen »Antifaschistisch Aktion/Bundesweite Organisation (AA/BO)« am 25. Juli 1992 in Wuppertal aus der Taufe gehoben wurde. Um als Zusammenhang öffentlich wahrnehmbar zu sein, gaben sich die Gruppen ein einheitliches Logo.

Die AA/BO verstand sich nicht als Neuauflage der alten Koordination. Es ging ausdrücklich nicht um eine im Untergrund agierende, militante Struktur, sondern um eine auf Breitenwirkung ausgerichtete, revolutionäre Politik. Zu ihren Grundlagen führte die AA/BO aus: *„Lösung von autonomer Ghettopolitik durch Öffnung nach außen (Massenmedien, Bündnisse ...) – Aus der von Unverbindlichkeit geprägten Szenestruktur hin zu einer von Verantwortlichkeit und Ansprechbarkeit gekennzeichneten Organisation – Weg von abgehobenen Debatten auf der einen Seite und Aktionismus auf der anderen; hin zur kontinuierlichen Erarbeitung von Grundlagen, die eine praxisorientierte, überregionale Zusammenarbeit ermöglichen.“*⁴⁰

In ihrer Gründungsbroschüre stellte die AA/BO umfangreichen Überlegungen zum Organisationsmodell, Öffentlichkeitsarbeit und vielem mehr an. Es fehlte aber eine für alle Gruppen verbindliche Definition, was unter Antifaschismus verstanden wurde. Eine Klärung sollte erst in einer zukünftigen Diskussion stattfinden. Es blieb bei einem diffusen Antikapitalismus, der meist an kommunistische Erklärungsversuchen anknüpfte. Diese inhaltliche Unschärfe hatte jedoch keinen Einfluss auf die Entwicklung der AA/BO.

TERROR UND LICHTERKETTEN

1992, das Jahr in dem sich die AA/BO gründete, kam es zu den bislang heftigsten rassistischen Übergriffen in der Geschichte der BRD. Im August griffen mehrere hundert Randalierer im Rostocker Stadtteil Lichtenhagen tagelang die Zentrale Aufnahmestelle für Asylbewerber an und wurden von bis zu 2.000 applaudierenden Schaulustigen unter-

⁴⁰ Einsatz, Broschüre der AA/BO, September 1993, Grundlagen der AA/BO, S.4.

stützt. Ein Wohnhaus wurde bei den Krawallen vom Mob angezündet. Im November 1992 kam es zu einem Brandanschlag auf zwei von türkischen Familien bewohnte Häuser in Mölln, der drei Todesopfer forderte. Am 29. Mai 1993 wurde in Solingen ein rassistisch motivierter Brandanschlag verübt, fünf Menschen starben. Und dies waren nur die ‚spektakulärsten‘ Ereignisse.

Die Berichte in den Medien und die internationale Kritik an den Zuständen in der Bundesrepublik führten dazu, dass betroffene Bürger am 6. Dezember 1992 in München eine Lichterkette organisierten, um ein Zeichen gegen Rechtsradikalismus und Gewalt zu setzen. Diese Protestform wurde in vielen Städten aufgegriffen. Insgesamt nahmen fast 1 Million Demonstranten an Lichterkettendemonstrationen teil. Antifaschismus, verstanden als Kampf gegen Neonazis, entwickelte sich zu einem gesamtgesellschaftlichen Thema. Vielerorts entwickelte sich eine Zusammenarbeit zwischen „bürgerlichen“ Kräften und neu entstehenden Antifa-Gruppen. Bald kam die Parole „Bunt statt braun“ auf, welche dieses Zusammenwirken umschrieb.

In diesem gesellschaftlichen Kontext entstand die AA/BO, die nicht lang allein blieb. Denn 1993 wurde das Bundesweite Antifa Treffen (B.A.T.) geschaffen. Es verstand sich als Koordination zur Verhinderung von Nazi-Treffen, ferner betrieb es Recherche und Archivarbeit, also den klassischen ‚Fahndungsantifaschismus‘.

Tatsächlich unterschieden sich beide Ansätze zwar durch ihre inhaltliche Ausrichtung, nicht aber prinzipiell. Sicher war die AA/BO straffer aufgestellt als das B.A.T., aber beide fassten Organisationen zusammen – waren also antifaschistische Koordinationen.

Der AA/BO konnte man nur als aktive Gruppe beitreten, nicht aber als Person. Um als Mitgliedsgruppe zu gelten, musste eine kontinuierliche Arbeit vorgewiesen werden. Für die Aktivist/innen hieß das: in der Regel mindestens ein Gruppentreffen und ein Arbeitsgruppentreffen ihrer regionalen Gruppe pro Woche und diverse Termine, die das politische Alltagsgeschäft mit sich bringt. Zu diesem Engagement kam dann noch die AA/BO, deren Treffen aller paar Monate zwischen Passau und Berlin stattfanden, außerdem waren Kampagnen vorzubereiten und Schulungswochenenden zu absolvieren.

Die hohen Ansprüche an die Mitgliedsgruppen der AA/BO brachten es mit sich, dass an der Gründung der AA/BO mit »Schwarzer AST – Südthüringen« nur eine Gruppe aus der ehemaligen DDR beteiligt war. Später kam noch die »Antifaschistischen Aktion Plauen« hinzu bzw. ersetzte den »Schwarzen AST« nach dessen Auflösung. Am B.A.T. hingegen beteiligten sich mehr Zusammenhänge aus dem Ostteil der Republik. Das war eine logische Folge aus ihrer Entwicklung. Zumeist waren die Gruppen in der ehemaligen DDR in der direkten Konfrontation mit den Neonazis entstanden und blieben vor allem an direkten Aktionen zur Verhinderung von Neonazi-Aktivitäten interessiert. An einer antikapitalistischen Organisation bestand ein nicht so ausgeprägtes Interesse. Außerdem hatten die »Ost-Antifas« gerade einen Staat hinter sich gelassen, der von fest gefügten Gliederungen mit roten Fahnen und großen antiimperialistischen Parolen geprägt gewesen war.

ERFOLG REICHE TALFAHRT

1993 führte die AA/BO unter dem Motto „Gegen die faschistischen Zentren vorgehen“ ihre erste Kampagne durch. Mit ihr sollte ein offensives Zeichen gesetzt werden. Es galt zu den Nazi-Treffpunkten zu demonstrieren und nicht, wie meist üblich, auf Nazi-Aktivitäten zu reagieren. In Adelebsen bei Göttingen zeigten 2.000 Menschen, angeführt von einem eindrucksvollen Schwarzen Block, dass sie nichts für die NPd am Ort übrig hatten. Am 17. April 1993 zogen 2.000 Menschen in Mainz-Gonsenheim zur »Gärtnerei Müller«, die 20 Jahre lang einen bundesweiten Treffpunkt für die militante Neonazi-Szene darstellte. Am 5. Februar 1994 mobilisierten AA/BO-Gruppen mehrere tausend Menschen gegen ein einschlägig bekanntes Anwesen in Detmold-Pivitsheide bei Bielefeld. Am 4. Juni 1994 fand eine weitere Demonstration mit 3.000 Teilnehmern aus dem gesamten Bundesgebiet gegen das Neonazizentrum von Thorsten Heise in Northeim bei Göttingen statt.

Auch wenn das alles recht erfolgreich klang, zeichnete sich bald ab, dass sich die bundesweiten Bestrebungen nicht weiterentwickeln ließen. Mit der AA/BO war zwar eine Vernetzung erreicht worden und die Demonstrationen gegen faschistische Zentren konnten in einen Zusammenhang gestellt werden, die Initiativen entwickelten aber keine Durchschlagskraft. Die AA/BO blieb ein Zusammenschluss verschiedener Gruppen, die zwar unter ihre Presseerklärungen das einheitliche Logo setzten, aber mehr auch nicht. Die Öffentlichkeit nahm keine Notiz von ihr, lediglich für die Szene, den Verfassungsschutz und die Polizei war die AA/BO von Interesse.

Nicht anders sah es im regionalen Bereich aus. Um die 40 Personen, größtenteils Studierende, waren 1994 in der Autonomen Antifa (M) samt Nebenorganisationen, wie der Antifaschistischen Liste an der Uni, eingebunden. Ein anderes Klientel ließ das autonome Image nicht zu und mehr Potential gab Göttingen nicht her. Wie sollte es weitergehen? Erste interne Dissonanzen zeichneten sich ab.

In dieser Situation kam es am 4. Juli 1994 unter Leitung der Generalstaatsanwaltschaft Celle zu 36 Hausdurchsuchungen in Göttingen und Umgebung. Etwas später wurden 17 Personen angeklagt, eine kriminelle Vereinigung, nämlich die Autonome Antifa (M), gegründet und für eine terroristische Vereinigung, nämlich die RAF, geworben zu haben. Zu den 17 Angeklagten kamen in den nächsten Monaten noch 17 Verdächtige und Beschuldigte. Damit war es das größte Verfahren gegen eine Antifa-Gruppe, das bislang in der Bundesrepublik stattgefunden hat. Der massive Kriminalisierungsversuch brachte alle internen Diskussionen zum Schweigen und die Konfrontation führte zu neuem Aktivismus.

Außer vielen Solidaritätsaktionen für die Autonome Antifa (M) wurde für den August 1994 die »Antifaschistische Aktion '94« aufgerufen. Mit ihr agierten AA/BO, B.A.T. und unorganisierte Gruppen gemeinsam in einem dezentralen Konzept.

Ein Jahr zuvor hatten die Neonazis einen großen Erfolg verbucht, als es ihnen gelungen war, eine Spontandemonstration in Fulda zum Gedenken an den Hitler-Stellvertreter Rudolf Hess durchzuführen.



Rudolf Hess hatte als letzter Gefangener im Kriegsverbrechergefängnis in Spandau 1987 Selbstmord begangen und war auf dem Friedhof in Wunsiedel beigesetzt worden. Das Grab hatte sich seitdem zur alljährlichen Wallfahrtsstätte für Neonazis entwickelt und bundesweite Bedeutung erhalten. 1994 sollte dem ein Ende gesetzt, und bereits die Abfahrt der Neonazis aus ihren Wohnorten verhindert werden. Es gab Demonstrationen und Blockaden in Frankfurt/Main und dem gesamten Rhein-Main-Gebiet, in Aschaffenburg, Bonn, Düsseldorf, Berlin, Bremen, Hamburg, Leipzig, Oldenburg, Wernigerode, Bielefeld, Northeim und Nürnberg. Tatsächlich gelang es, den Aufmarsch der Neonazis zu verhindern.

Doch solche Erfolge konnten nicht über die sich wandelnden gesellschaftlichen Rahmenbedingungen hinweghelfen. Die wilden Jahre nach der Wiedervereinigung waren vorbei, die Eigentumsverhältnisse wieder hergestellt und der Staatsapparat ging nun selbst verstärkt gegen Neonazis vor. Allein zwischen 1992 und 1995 gab es mehr als 10 Verbote von rechtsextremen Parteien und Organisationen, zusätzlich initiierte der Staatsapparat Aussteigerprogramme.

Zweifellos wurden die Neonazis durch die staatlichen Maßnahmen und den außerparlamentarischen Widerstand stark behindert und zurückgedrängt. Große Gewaltexzesse, wie die von 1992/93, gehörten der Vergangenheit an. Analog verschwand die Betroffenheit von weiten Kreisen der Bevölkerung. „Ein paar Neonazis“ gehörten nun zur Normalität und wurden hingenommen.

In der Folge lösten sich mehr und mehr antifaschistische Gruppen auf, die Bewegung war quasi auf erfolgreicher Talfahrt. Hinzu kam, dass die Hausbesetzerbewegung in der ehemaligen DDR binnen kurzer Zeit abgeräumt und befriedet wurde. Viele subkulturelle Freiräume der linken Szene verschwanden.

GESUND SCHRUMPFEN

Im Verfassungsschutzbericht von 1996 war über die AA/BO zu lesen: „Zum Jahresende haben der Organisation elf Gruppen aus acht Städten/Regionen angehört (Ende 1995: 17 Gruppen). Zu den einflussreichsten zählen die „Antifaschistische Aktion Berlin“ (AAB), die „Unabhängige Antifa Bielefeld“, die Antifa Bonn/Rhein-Sieg sowie die weiterhin dominierende „Autonome Antifa (M)“.⁴¹

Während sich die AA/BO gesund schrumpfte, konnte die Autonome Antifa (M) im Sommer 1996 einen Erfolg für sich verbuchen. Nach über zwei Jahren juristischen Hickbacks wurde das Verfahren gegen die 17 Angeklagten wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung kurz vor dem Prozessbeginn eingestellt. Die Antifaschist/innen mussten allerdings über ihre Anwälte erklären, in Zukunft das Versammlungsrecht zu beachten und insgesamt 56.000 DM an die KZ-Gedenkstätte Mittelbau Dora zu zahlen. Jubeln konnte darüber niemand so richtig, der offizielle Kommentar der Gruppe lautete dann auch „1:1 für die Autonome Antifa (M)“. Doch es war klar, dass es ab diesem Zeitpunkt keine

⁴¹ Verfassungsschutzbericht 1996, Bundesministerium des Innern, Mai 1997, S.41.



Demonstrationen mit Schwarzem Block in Göttingen mehr geben würde. Auch in dieser Stadt war die Unterstützung der ‚bürgerlichen‘ Kräfte zusammengeschmolzen.

Probleme hatte auch das B.A.T. Im Herbst 1996 brachte es in hoher Auflage die Sonderzeitung „Tuu Matsch Nazis“ heraus und leitete damit eine Kampagne gegen die NPD/JN ein. Ein Jahr später bilanzierte das B.A.T., dass seine Anziehungskraft offensichtlich nachgelassen hätte und die Zusammenkünfte langsam zu ‚Familientreffen‘ würden. In dieser Situation kam es zu einer weiteren Annäherung von AA/BO und B.A.T.

Am 9. August 1997 riefen beide Zusammenhänge sowie die Autonome Antifa (M) nach Quedlinburg im Harz zu einer Demonstration unter dem Motto „Organisiert den antifaschistischen Widerstand! Gegen den Rudolf-Hess-Marsch vorgehen“ auf. Die Polizei sprach von 400, die Veranstalter von 600 Demonstrierenden. Das war kein Vergleich zu früheren Zahlen, die Mobilisierungsfähigkeit nahm deutlich ab. Immerhin war eine Kooperation gelungen, was in der folgenden Zeit zur weiteren Zusammenarbeit von AA/BO und B.A.T. führte.

WIDER DEN ZEITGEIST

Die AA/BO stemmte sich gegen den Zeitgeist. Vom 2. bis 5. Juli 1998 führte der Zusammenschluss auf der Burg Ludwigstein bei Witzenhausen (nahe Göttingen) ein antifaschistisches Camp unter dem Motto „Organisiert den revolutionären Widerstand“ durch. Vier Tage lang diskutierten mehrere hundert Teilnehmer. Wenn auch erste Gespräche hinsichtlich der angedachten „Offensive ‚99““ geführt wurden, ging die erhoffte Signalwirkung von dem Camp nicht aus.

Die Anforderungen an die Mitgliedsgruppen bei der AA/BO waren mittlerweile heruntergeschraubt worden. Unter dem Motto: „Den rechten Vormarsch stoppen! Antifa-Offensive ‚99““ wurde 1999 eine letzte große Kampagne durchgeführt, an der nicht nur die BO, sondern alle ansprechbaren Gruppen mitwirkten. *„Über 40 Antifa-Gruppen aus der gesamten BRD beteiligten sich an der Antifa-Offensive ‚99. Praktisch umgesetzt wurde die Kampagne auf regionaler Ebene mit zahlreichen Camps, Konzerten, Veranstaltungen und Demonstrationen, die mit einem gemeinsamen Plakat und Flugblatt sowie dem „Offensivestempel“ in Zusammenhang gestellt wurden.“*⁴²

Zu den Höhepunkten zählte der revolutionäre Antifa-Block bei der Demonstration in Köln („Fight Fortress Europe!“) am 29. Mai 1999, die sich gegen den dortigen EU-Gipfel richtete. Mehrere tausend Antifaschist/innen nahmen daran teil. Hauptaktion der Antifa-Offensive ‚99 war die Demonstration gegen die NPD-Bundesgeschäftsstelle in Stuttgart am 9. Oktober 1999 mit 1.500 Antifaschist/innen. Trotzdem: *„Die Kampagne hatte keine größere öffentliche Wirkung. So ließ sich in der Gesamtheit keine größere öffentliche Aktion ausmachen.“*⁴³

In dieser Zeit hörte das B.A.T. sang- und klanglos auf zu existieren und eine bundesweite antifaschistische Organisation war auch bei der AA/BO kein Thema mehr. In den Diskussionen ging es vielmehr um die Frage, wie es

⁴² Einsatz! Nr. 42, Zeitung für autonome Politik, Göttingen, Dezember 1999, S.4.

⁴³ Ebenda, S.4.

grundsätzlich politisch weitergehen konnte. Ein neuer Ansatz wurde gesucht. Schließlich kam es zum Antifa-Kongress vom 20. bis 22. April 2001 in Göttingen unter dem Motto „Das Jahr, in dem wir Kontakt aufnehmen“.⁴⁴ Ausrichter waren die Antifaschistische Aktion Berlin (AAB), die Autonomen Antifa (M) und das Bündnis gegen Rechts Leipzig (BgR).

Der Kongress stieß auf großes Interesse – über 600 Menschen waren gekommen – schließlich sollte es um die Neuorganisation der linksradikalen Antifa-Szene gehen. Um dem nicht im Wege zu stehen, gab die AA/BO auf dem Kongress ihre Auflösung bekannt. Vom angekündigten Gründungsprozess blieb aber nur eine neue Zeitschrift, die „Phase 2“.

Statt zu einer erneuten Organisation kam es zum weiteren Zerfall. Die »antideutsche« Diskussion dominierte und spaltete die Szene. Betroffen war davon auch die Autonome Antifa (M), die im April 2004 ihr Ende bekannt gab.

GLOBALISIERUNG UND NEOLIBERALISMUS

In die Auflösungsphase von AA/BO und BAT fiel das Aufkommen der Anti-Globalisierungsbewegung. Mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion und ihrer Satellitenstaaten ab 1989 war der Kapitalismus zum weltumspannenden System geworden. Dieser Vorgang wurde mit Globalisierung bezeichnet und ihr Wirtschaftsprogramm der ungehemmten Profitschöpfung mit dem mehrdeutigen Begriff Neoliberalismus. Der leninistische Begriff „Imperialismus“ hatte damit ausgedient.

Die Globalisierungskritik stellt eine aktuelle Ausprägung älterer Strömungen aus Kapitalismuskritik und Befreiungstheologie dar. Bis Anfang der 1990er Jahre war sie im wesentlichen auf Lateinamerika und einige studentische Gruppen in den USA beschränkt. Besonders der Aufstand der Zapatistas in Chiapas im Süden Mexikos im Januar 1994 spielte in diesem Zusammenhang eine Rolle. Doch als internationaler Ausgangspunkt der Anti-Globalisierungsbewegung gilt die Ministerkonferenz der Wirtschafts- und Handelsminister der WTO in Seattle vom 30. November bis 2. Dezember 1999. Auf Grund von Auseinandersetzungen von Demonstranten mit Polizeikräften konnte dieses Treffen nicht wie geplant stattfinden und entsprechende Bilder gingen um die Welt. In Europa wurde die Mobilisierung gegen die Sitzung von Weltbank und internationalem Währungsfonds am 26. September 2000 in Prag zu einem wichtigen Datum. Daraus folgte der „Summer of Resistance 2001“, der markiert war von den militanten Protesten gegen den EU-Gipfel vom 14. – 16. Juni in Göteborg und den massiven Auseinandersetzungen gegen den G8-Gipfel vom 18. – 22. Juli in Genua, bei denen der 23-jährige Carlo Giuliani am 20. Juli von einem Polizisten erschossen und hunderte Personen verletzt wurden. Genua 2001 stellte den Höhepunkt dieses internationalen „Antiglobalisierungsprotestes“ dar. In den folgenden Jahren blieb die inhaltliche Auseinandersetzung um die „Globalisierung“ ein beherrschendes Thema in der linken Bewegung.

In diesem Zusammenhang fand sich zum Jahreswechsel 2005 unter dem Namen Interventionistische Linke (IL) ein neues Netzwerk linksradikaler und antikapitalistischer Gruppen zusammen, dem auch Einzelpersonen angehörten.

⁴⁴ Der Titel bezog sich auf einen Science-Fiction-Film aus dem Jahre 1984 „2010: das Jahr in dem wir Kontakt aufnehmen“.

ren. Ziel der IL ist es, linke Politik in der Bundesrepublik wieder zu Relevanz zu verhelfen und praktisch in politische Auseinandersetzungen einzugreifen.

Des weiteren organisierten sich Ende 2006 autonome und antifaschistische Gruppen im antinationalen Bündnis „Ums Ganze!“, dem sich auch eine Gruppe in Wien zurechnet. Beide bundesweiten Zusammenhänge mobilisierten gemeinsam mit weiteren Gruppen gegen den G8-Gipfel vom 6. – 8. Juni 2007 in Heiligendamm. An der Auftaktdemonstration am 2. Juni in Rostock nahmen 50.000 Leute teil, darunter auch ein Schwarzer Block von 2.000 Menschen, der sich Auseinandersetzungen mit der Polizei lieferte. Die vielfältigen Protestaktionen gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm bildeten aber bereits den Endpunkt dieser Bewegungswelle. Ganz einfach deshalb, weil die Gipfel von da ab an abgelegene Orte verlegt wurden.

In den folgenden Jahren kam es zu einer Reihe weiterer Kampagnen, in welche sich die beiden linken Koordinationen einbrachten. Auch wenn sich IL und „Ums Ganze“ nicht explizit als antifaschistisch verstehen und den Kampf gegen Nazis nicht zum Schwerpunkt haben, bringen sie sich in die Antifa-Bewegung ein. So war „Ums Ganze!“ im September 2008 an den Protesten gegen die geplante „Anti-Islamkonferenz“ der Partei Pro-Köln beteiligt, die schließlich abgebrochen wurde. Die IL brachte sich in den Widerstand gegen den jährlichen Aufmarsch von Nazis zum Jahrestag der Bombardierung von Dresden ein. Dieser Aufmarsch entwickelte sich binnen weniger Jahre zu einem Ereignis von internationaler Bedeutung. Am Aufmarsch der Rechtsradikalen beteiligten sich im Februar 2008 knapp 4000 Personen, 2009 wurden 6000 gezählt. Während die Polizei 2009 den Aufmarsch noch gegen Blockadeaktionen von antifaschistischen Kräften durchsetzte, gelang es 2010 den Aufmarsch zu verhindern. Damit war der rechten Mobilisierung die Spitze genommen. Trotz teilweiser massiver Kriminalisierung des antifaschistischen Protestes wurde der Nazi-Aufmarsch auch in den folgenden Jahren durch Blockaden unmöglich gemacht.

Insgesamt bleibt festzuhalten, dass die beiden existierenden bundesweiten Koordinationen zwar ihren Anteil an entsprechenden Widerstandsaktionen leisten, die weitaus meisten Gruppen sich ihnen aber nicht zugehörig fühlen. Insbesondere trifft dies auf Antifa-Gruppen zu, die zumeist regional vernetzt sind. Es gibt diverse „Antifa-Ratschläge“ oder andere Treffen – die Aktivist/innen kennen sich.

So bleibt die Mobilisierungsfähigkeit der Antifa auf einem hohen Niveau gegeben, auch wenn sich gerade keine neue »Bewegungswelle« abzeichnet. Und das ist das großartige an der linksradikalen Fundamentalopposition in der BRD: wo sich auch immer in diesem Land Faschisten zusammenrotten oder andere Schweinereien sichtbar werden, materialisiert sich in kürzester Frist Widerstand.



ANTIFA GEHÖRT DIE ZUKUNFT

Antifaschismus wird inhaltliche Richtschnur einer sich linksrevolutionär verstehenden Bewegung bleiben, denn seine drei Pfeiler sind und bleiben: Antikapitalismus, Antirassismus und linker Sozialismus. Ich sehe es als historisch bewiesen an, dass es in der gesellschaftlichen Entwicklung um diese drei Punkte geht, wenn das Ziel die soziale und politische Gleichberechtigung der Menschen ist.

Antifaschismus wird jedoch im internationalen Zusammenhang ganz unterschiedlich begriffen. In den USA, Lateinamerika, Afrika und Asien spielt er kaum bis gar keine Rolle. In den meisten Osteuropäischen Staaten kann man sich mit antifaschistischen Positionen nicht auf die Straße trauen, in Frankreich erreichten die Rechtsradikalen bei den Wahlen 2012 stolze 20%, in Italien und anderen westeuropäischen Ländern sieht es nicht viel anders aus. Somit ist man in der Bundesrepublik noch in einer politisch komfortablen Situation. Allerdings nicht einfach so, sondern weil es in diesem Staat aufgrund seiner historischen Entwicklung ein hohes antifaschistisches Bewusstsein gibt und eine lebendige antifaschistische Bewegung existiert.

Es gilt im Auge zu behalten dass, auch wenn weltweit ein ökonomisches System herrscht, damit noch lange nicht alle Menschen unter denselben oder ähnlichen Bedingungen leben. Nach wie vor bestehenden regionale und nationale Unterschiede, die es zu berücksichtigen gilt. So wichtig internationale Verständigung und Handeln auch ist, kann man daraus nicht ableiten, dass bereits eine internationale linke Bewegung mit gleichen Inhalten besteht. Allein die sozialen Unterschiede zwischen den USA oder Ländern wie Spanien und der Bundesrepublik sind erheblich. Sozialer Protest, wie der sich beispielsweise in der jüngsten Occupy-Bewegung darstellt, hat daher eine ganz unterschiedliche gesellschaftliche Relevanz. Ähnlich verhält es sich mit der Bedeutung des Antifaschismus. Letztlich wird er sich aber immer wieder als Prüfstein erweisen. Denn Antikapitalismus allein reicht nicht, um eine neue Welt zu bauen. Von bürgerlichen Protestlern bis hin zu Rechtsradikalen gebärden sich viele antikapitalistisch. Die Frage ist, was sonst noch passieren soll – und diese Antworten werden sich stets aus antifaschistischen Positionen ergeben.

Berlin | Sommer 2012

Bernd Langer

